

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Verstrahlt: Ständerats-Mehrheit will neue AKW. Warum eigentlich? Seiten 12–13

KI schaut dich an!

Die Arbeitenden, die Technik, die Ideologen. Das Dossier. Seiten 5–7

Glücksbringer ist ein Knochenjob

Mike Campagnari (37)

über den guten Ruf seines
Berufs, neue Heizungen, alte
Kamine und den Zauber des
Zylinderhutes.

Seite 22



Die SVP und ihr Chaos-Plan

Die «Nachhaltigkeits-Initiative» ist eine üble
Mogelpackung. Die Fakten.

Seite 3

Die Berner Sexarbeiterinnen und ihr roter Schirm

Xenia-Chefin Christa Ammann über Aufbruch
und Ausbeutung im Milieu.

Seite 11



WENN WEGEN CLAUDE & CO. DIE ERDE BEBT

Künstliche Intelligenz (KI) ist die Zäsur unserer Zeit. Ähnlich wie die Sprache in der Steinzeit, das Aufkommen der Landwirtschaft, die Erfindung der Dampfmaschine oder des Webstuhls. Und auch KI führt zu grossen Verwerfungen. Denn eines ist klar:

Blinder Glaube an die Macht von KI verdrängt die kritische Vernunft.

KI ist gekommen, um zu bleiben, für Gut oder Böse: Roboter in der Medizin, Apps für Pflegerappor-te, Übersetzungsdienste, Chatbots wie Chat GPT oder Claude, Systeme von Palantir zur präzisen Vernichtung von Menschenleben, Deepfakes zur Verbreitung von Kriegspropaganda...

KONTROLLE. Wie bei allen grossen Verwerfungen sind die zentralen Fragen: Wer profitiert, wer verliert? In Bezug auf KI heisst das: Wer kontrolliert sie? Ab wann kontrolliert sie uns? Die Antwort ist so simpel wie beunruhigend: Solange die Politik darauf hinsteuert, die KI-Kontrolle in den Händen einiger weniger Tech-Konzerne zu konzentrieren, wird eine Mehrheit der Menschen verlieren. Ohne Rücksicht auf Privatsphäre, Jobs, Löhne oder Menschenleben (die Analyse auf Seite 7).

VERLUST. Via Apps, Videoüberwachung, Tracker & Co. hinterlassen wir eine Daten-spur so breit wie die Milchstrasse, KI saugt sie gierig auf. Wir bleiben nackt zurück, bar unserer Privatsphäre. Die KI generiert zwar auch Jobs: Hinter der künstlichen Intelligenz steckt sehr viel Menschliches. Aber es sind hauptsächlich prekäre Jobs, die krank machen (Seite 5). Gleichzeitig gefährdet KI zahlreiche Arbeitsplätze, insbesondere gut-bezahlte Jobs in Europa und Amerika, wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schreibt. Frauen sind fast doppelt so stark betroffen wie Männer.

ANGST. Kein Wunder, hat die Organisation Seismic Foundation in einer weltweiten Umfrage festgestellt, dass die Skepsis gegen-über KI massiv zugenommen hat. Die Befragten befürchten, dass KI fast alles, was ihnen am Herzen liegt, verschlechtern wird. Und dass sie die schwerwiegendsten Pro-bleme der Welt verschlimmern wird: Krieg, Terrorismus, Kriminalität, Gewalt, Arbeitslosigkeit und Desinformation. Einzig beim Zugang zur Gesundheitsversorgung und der Pandemievorsorge sehen die Befragten Vorteile. Eine Mehrheit hat das Gefühl, dass sich die KI zu schnell entwickelt, sie trauen den KI-Konzernen nicht zu, die Technologie zum Wohle der Menschheit weiterzu-entwickeln. Die Organisation fordert daher eine klare Regulierung der Branche.

RELIGION. Dieses Misstrauen steht in krassem Gegensatz zu den utopischen Visionen, die die KI-Branche selbst verbreitet. Und die sich in den gängigen Bildern zur KI nieder-schlagen, die in einullenden Blautönen meist schöne weibliche Robotergesichter zeigen. Und die darin gipfeln, KI zur Reli-gion zu erheben. Blinder Glaube an die Macht von KI verdrängt die kritische Ver-nunft. Hinter dieser göttlichen Mystik stecken knallharte ökonomische Interessen, die Tech-Konzerne spielen bewusst mit dem Göttlichen – um Investoren zu überzeugen und ihre Weltherrschaft zu sichern (Seite 6).

Genf: Textilreinigungsfirma 5àSec verletzt das Recht Gar nicht sauber: Wäscherei entlässt Gewerkschafterin

Weil Sandra Rossi dreckige Arbeitsbedingungen und miese Löhne anprangerte, stellte die Textilreinigungsfirma sie auf die Strasse. Jetzt fordert die Unia ihre Wiedereinstellung.

ROCCO ZACHEO
In der Textilwäscherei 5àSec/Baechler in Genf herrscht Einigkeit unter den Beschäftigten: Die Arbeitsbedingungen sind schlecht und die Löhne viel zu tief. Sandra Rossi* arbeitet seit Juli 2022 bei der Firma und weiss davon ein Lied zu singen. Deshalb wollte sie diese Missstände durch entschlossenes gewerkschaftliches Engagement ändern. Doch das kam beim weltweit tätigen Wäsche-reibetrieb gar nicht gut an: Am 27. Januar dieses Jahres hat die Firma Rossi entlassen. In dem Kündigungsschreiben erwähnt die Pariser Geschäftsleitung von 5àSec indirekt die Gründe für ihre Entscheidung: «Da diese Handlungen trotz unserer Verwarnung fortgesetzt wurden, müssen wir leider feststellen, dass das Vertrauensverhältnis, das zwischen den Mitarbeitenden und dem Unternehmen bestehen muss, derzeit nicht mehr gegeben ist.»

DIE ENTLASSUNG
Rossi hatte sich bei ihren Kolleginnen und Kollegen stark für den Aufbau der Gewerkschaft engagiert. Sie hatte eine WhatsApp-Gruppe gegründet und zwei anonyme Fragebögen verschickt. Die beiden Dokumente sollten kritische Punkte, Missstände oder Missbräuche aufzeigen und im Anschluss daran Verbesserungsvorschläge unter-

* Name der Redaktion bekannt



TOUR DE GENÈVE: Die Unia-Leute besuchen nun alle Filialen von 5àSec im Kanton Genf, um die Mitarbeitenden über den Fall zu informieren. FOTO: OLIVIER VOGELSANG

breiten. Via Fragebogen kamen die widerlichen Arbeitsbedin-gungen ans Licht: Überlastung, Stress, komplizierte Arbeitszei-ten, Personalmangel, tiefe Löh-ne, schwierige Beziehungen zu den Vorgesetzten, Hitze usw. Diese Missstände wurden in ei-nem Bericht zusammengefasst und an die 5àSec-Geschäftslei-tung in der Romandie sowie an die Generaldirektion in Paris ge-schickt. Der Bericht stiess auf grosse Ablehnung. Und das Un-ternehmen stellte Sandra Rossi auf die Strasse.

DER TERROR
Alle Versuche der Unia, das Un-ternehmen zu einer Kursände-rung zu bringen, blieben bis-her erfolglos. Unia-Mann Yan Giroud, in Genf verantwortlich für den Industrie- und Dienst-leistungssektor, sagt: «Wir ste-hen vor einer Mauer.» Und San-dra Rossi spricht von einem Management, das auf Terror ba-siert: «Viele meiner Kollegin-nen und Kollegen haben Angst, sich zu äussern. Die Geschäfts-leitung hat letzte Woche meh-

rere Niederlassungen in der Westschweiz besucht, um Druck auszuüben und den Angestell-ten zu drohen. Jetzt gilt es, ih-

«Viele meiner Kolle-ginnen haben Angst.»

SANDRA ROSSI, ENGAGIERTE ARBEITERIN

nen Sicherheit zu geben und dieses Klima der Angst zu be-kämpfen.»
Die Unia wird rechtlich gegen die Wäscherei vorgehen. Yves Defferrard, Unia-Regional-sekretär für Genf, sagt: «Das Unternehmen verstösst gegen Artikel 98 des Übereinkom-mens der Internationalen Ar-beitsorganisation (ILO), der die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts auf Kollektivverhand-lungen betrifft. Und gegen Ar-tikel 28 der Bundesverfassung, der die Vereinigungsfreiheit garantiert, und ebenfalls gegen das Mitbestimmungsgesetz.» Mit der Entlassung von San-dra Rossi reiht sich das Un-ternehmen in die Liste der-

jenigen ein, die der Schweiz einen Platz auf der schwarzen Liste in Sachen Vereinigungs-freiheit eingebracht haben. Und Defferrard fügt hinzu: «Diese Geschichte eignet sich zu einem Zeitpunkt, an dem auf nationaler Ebene im Rah-men der Bilateralen III eine Debatte geführt wird. Umso wichtiger ist in diesem Zusam-menhang die Schutzmass-nahme 14, die darauf abzielt, die Gewerkschafterinnen bes-ser zu schützen.»

DIE VERTEIDIGUNG
Die Unia wird Rossis Fall gegen-über allen Instanzen verteidigen. Die Gewerkschaft fordert ihre Wiedereinstellung und ein Ende des Drucks gegen dieje-nigen, die sich für bessere Ar-beitsbedingungen einsetzen. Die Gewerkschaft hat bereits letzte Woche mobilisiert. Unia-Leute besuchten alle Filialen von 5àSec im Kanton Genf, ver-teilten Flyer und sammelten Unterschriften für die Petition, die die Wiedereinstellung von Sandra Rossi fordert.

Unia-Frauen setzten ein starkes Zeichen: Schluss mit sexueller Belästigung!

Die Unia-Frauen-konferenz fordert für alle Betriebe: Null-toleranz bei sexueller Belästigung.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN
Zwei von drei Frauen und fast jeder zweite Mann erleben sexuelle Belästigung am Arbeits-platz. Deshalb fordert die Unia in den Betrieben eine Nulltoleranzpolitik. Dazu gehören verbindliche Reglemente, eindeutige Handlungs-vorgaben, regelmässige Schulungen für Arbeit-nehmende und Vorge-setzte sowie klare Fristen, um überlange Ver-fahren zu vermeiden. Zusätzlich sollen diese Prinzipien in den Gesamt-arbeitsverträgen (GAV) verankert werden. In 33 Verträgen der Unia ist dies bereits der Fall. Wei-ter plant die Unia für den 14. Juni 2026, den



STOPP BELÄSTIGUNG: Die klare Botschaft der Unia-Frauenkonferenz. FOTO: YOHIO KUSANO

Tag des feministischen Streiks, die Lancierung eines Appells an Arbeit-gebende für Massnah-men gegen sexuelle Be-lästigung.
FIRMEN-PFLICHT
Sich zu wehren ist nicht immer einfach. Gemel-det werden wenige der Vorfälle, denn insbeson-dere bei Stellen im Nied-riglohnsektor sind viele

Betroffene stark von ih-rer Arbeit abhängig und haben Angst vor Konse-quenzen.
Dabei ist der Arbeit-geber per Gesetz dazu verpflichtet, die Arbeit-nehmenden zu schüt-zen. Konkret heisst das:
● Schutz der Persönlich-keit, insbesondere bei sexueller Belästigung.
● Prävention und Schutz-massnahmen: Der Arbeit-

geber muss dafür sor-gen, dass Arbeitneh-mende nicht sexuell be-lästigt werden und dass Betroffenen keine weite-ren Nachteile entstehen. Zudem braucht es klare Verfahren innerhalb des Unternehmens und An-sprechpersonen ausser-halb des Unternehmens.
● Wenn ein Arbeitgeber diesen Pflichten nicht nachkommt, kann dies

Schadenersatz oder Ge-nugtuungsansprüche zur Folge haben. Wenig bekannt, aber wichtig: Ab Beginn eines Be-schwerdeverfahrens gilt ein Kündigungsschutz von bis zu sechs Mona-ten, auch für Zeuginnen und Zeugen.
Einer der wichtigs-ten Schritte bei Belästi-gung am Arbeitsplatz ist, den genauen Vorfall mit Datum, Uhrzeit, Ort und Informationen zur Tat zu notieren. So kann man schriftlich nachweisen, was geschehen ist. Hilfe können sich Betroffene an diversen Stellen su-chen, unter anderem bei Fachstellen oder bei ihrer Gewerkschaft.
Information und Hilfe bietet auch die neue Unia-Broschüre «Stopp sexuelle Belästi-gung am Arbeitsplatz». Hier bestellen: **rebrand.ly/Broschüre-Belästigung**



«Nachhaltigkeitsinitiative» gefährdet Löhne, Renten und Arbeitsplätze

So will die SVP das Land ins Chaos stürzen

Die «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP trägt einen harmlosen Namen. Doch der täuscht: Ein Ja würde allen schaden, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente leben.

CLEMENS STUDER

Die realen Löhne der Mehrheit stagnieren oder sinken sogar. Die Krankenkassenprämien explodieren, und Wohnen wird bis tief in den Mittelstand hinein immer mehr zum Luxus. Das sind die wahren Probleme der Mehrheit der Menschen in der Schweiz. Und alle diese Probleme wären lösbar, wenn die bürgerliche Parlamentsmehrheit Politik im Sinne

Die SVP-Initiative nützt nur den Reichen und den Konzernen.

der Mehrheit der Menschen und ihrer Kaufkraft machen würde. Das macht sie leider nicht. An vorderster Front: die SVP. Denn sie lebt seit Jahrzehnten davon, Politik für Reiche und Superreiche zu machen und für die Folgen davon «die Ausländer» als Sündenböcke zu präsentieren. Seit Jahren reicht sie die im Kern immer gleiche Initiative ein. Aktuell heisst sie «Nachhaltigkeitsinitiative». Diesmal kommt der lohndrückende, fremdenfeindliche Inhalt im grünen Mäntelchen daher.

Das steht im Initiativtext: Die «Nachhaltigkeitsinitiative» will die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 starr bei 10 Millionen deckeln. Dazu will sie zuerst das Asylrecht abschaffen und dann die bilateralen Verträge mit der EU kündigen.

Das wären die Folgen eines Ja:

Chaos bei den Löhnen

Mit dem Ende der Personenfreizügigkeit fielen die flankierenden Massnahmen (FlaM) weg. Der Lohnschutz bräche zusammen, da Kontrollen fehlten und Lohndumping Tür und Tor geöffnet würde. Wie der Brexit zeigt, treiben Handelshemmnisse und Bürokratie die Preise. Höhere Preise bei schwächerem Lohnschutz bedeuten: weniger Geld zum Leben. Die Vorlage ist faktisch eine Lohnsenkungsinitiative.

Chaos bei den Renten

SGB-Chefökonom Daniel Lampart hat gerechnet und warnt vor massiven Einbussen: Junge Erwerbstätige müssten mit einem jährlichen Rentenverlust von bis zu 2200 Franken rechnen. Da die Initiative die Zuwanderung junger Beitragszahler drosselt, während die Zahl der Rentnerinnen steigt, geraten die Sozialversicherungen in Schieflage. Ohne Zuwanderung sinkt die Erwerbsbevölkerung laut Modell bis 2060 auf 5,2 Millionen, das ist eine Lücke von 13 Prozent gegenüber den Prognosen unter den aktuellen Regeln. Dies entspräche einem Einnahmeausfall bei der AHV von rund 8 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge wären höhere Beiträge, ein höheres Rentenalter oder drastische Rentenkürzungen.

Chaos in der Pflege

Die medizinische Versorgung hängt massgeblich von Fachkräften aus dem Ausland ab: Rund 50 Prozent der Ärzte und über ein Drittel des Pflegepersonals wurden ausserhalb der

Schweiz ausgebildet. Bei einem Ja würde sich der Fachkräftemangel massiv verschärfen. Zudem würden die Krankenkassenprämien für alle steigen, da junge gesunde Beitragszahlende fehlen, um die Kosten der alternden Bevölkerung mitzutragen.

Chaos bei den Jobs

Rund die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in den EU-Raum. Ein Wegfall der Bilateralen würde den Marktzugang massiv einschränken, was sinkende Wirtschaftsleistung und Standortverlagerungen zur Folge hätte. Sobald der 10-Millionen-Deckel erreicht wäre, dürfte kein einziges Unternehmen mehr eine zusätzliche ausländische Fachkraft einstellen, das ist ein wirtschaftliches Koma auf Raten. Gerade in einer unsicheren Weltlage mit einem erpresserischen, wild drohenden SVP-Idol Donald Trump als US-Präsidenten ist es fahrlässig, die stabilen Beziehungen zu den wichtigsten Handelspartnern zu kappen.

Kein Problem gelöst

Die «Nachhaltigkeitsinitiative» löst kein einziges der drängenden Probleme wie hohe Mieten oder Prämienlast. Im Gegenteil: Sie verschärft sie und produziert neue. Lohndumping, unsichere Renten, höhere Prämienlast stehen auf der Rechnung, die am Ende alle bezahlen. Alle ausser jenen, die die SVP seit Jahrzehnten wirklich vertritt: die Reichen und die Konzerne. Darum bekämpfen die Gewerkschaften die Initiative entschieden und mit einer engagierten Kampagne. Denn, so bringt es SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard auf den Punkt: «Diese Initiative ist nicht im Interesse der Arbeitnehmenden. Sie ist nicht im Interesse der Rentnerinnen und Rentner. Und sie ist nicht im Interesse unseres Landes.»

KONTINGENTE & CO.

STEUERUNGSPHANTASIEN

Die SVP-Initiative will dem Buchstaben nach die Arbeitsmigration vollständig abwürgen. Das funktioniert nur, wenn auch gleich die Konjunktur abgewürgt wird. Denn die Zuwanderung folgt der Konjunktur. Trotz dieser Binsenweisheit haben gerade jetzt wieder sogenannte Steuerungsmodelle Hochkonjunktur in den Medien. Ein kurzer Überblick.

Punktesystem

Das sind die Auswirkungen: Im Punktesystem müssen hochqualifizierte Zuwandernde oft niedrigqualifizierte Jobs annehmen. Das drückt die Löhne für alle.

Darum funktioniert's nicht: Punkte für Ausbildung, Sprache und Berufserfahrung klingen rational – doch Abschlüsse garantieren keinen passenden Job. Kanada zeigt: Akademikerinnen und Akademiker landen in prekären Hilfsjobs. Das System ist realitätsfern und bürokratisch.

Zuwanderungsabgabe

Das sind die Auswirkungen: Eine Zuwanderungsgebühr bremst die Zuwanderung nicht. Dafür fördert sie Schwarzarbeit und drückt die Löhne aller Arbeitnehmenden.

Darum funktioniert's nicht: Das von rechten Ökonomen gerne angeführte Singapur zeigt: Unter Druck der Arbeitgeber wurde die Abgabe immer wieder gesenkt, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stieg trotzdem. Branchendifferenzierte Abgaben laden zu Umgehungsgeschäften ein, proportionale schrecken Fachkräfte ab, Pauschalen treffen margenschwache Branchen.

Kontingentsystem

Das sind die Auswirkungen: Kontingente haben die Zuwanderung nie beschränkt. Was sie perfekt leisteten: Das System lieferte den Arbeitgebern eine quasi rechtlose moderne Arbeitssklaverei.

Darum funktioniert's nicht: Die Schweiz hatte jahrzehntelang Kontingente. Wo sie nicht reichten, blühte die Schwarzarbeit. Alleine 1990 arbeiteten in der Schweiz schätzungsweise 120 000 bis 180 000 Menschen schwarz.

Das Saisonnierstatut

Das waren die Auswirkungen: Das Saisonnierstatut war ein zynisches und menschenverachtendes Instrument. Es ermöglichte systematische Ausbeutung ausländischer



GUTES WERKZEUG: Das Abkommen mit der EU schützt Schweizer Löhne. FOTO: KEYSTONE

Arbeitskräfte, drückte die Löhne der Einheimischen und ist ein Schandfleck der Schweizer Geschichte – zu dem die SVP mit ihrer 10-Millionen-Initiative zurückwill.

Darum funktionierte es nicht: Befristung auf neun Monate, Verbot von Stellen- und Ortswechsel, kein Familiennachzug: Saisonniers verdienten 14 Prozent weniger als Einheimische. Mindestens 50 000 Kinder mussten in Verstecken leben.

Personenfreizügigkeit mit FlaM

Das sind die Auswirkungen: Die Personenfreizügigkeit mit starken flankierenden Massnahmen (FlaM) ist das beste existierende Migrationssystem. Alle anderen produzieren mehr Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Lohndruck und Schwarzarbeit.

Darum funktioniert's: Wer seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, darf einwandern. Die «Steuerung» erfolgt über den Arbeitsmarkt. Die flankierenden Massnahmen stellen sicher, dass lokale Arbeitsbedingungen gelten. Ausländische Arbeitskräfte werden gleichbehandelt und sind nicht der Willkür von Arbeitgebern ausgeliefert. So können sie auch nicht als Lohndrückerinnen und Lohndrücker missbraucht werden.

CLEMENS STUDER

Hier hat work die unterschiedlichen Steuerungssysteme ausführlich vorgestellt und analysiert: rebrand.ly/migration-steuern.

Ein Jahr des Protests in Belgien

BRÜSSEL. In Belgien wird seit einem Jahr gegen die Reformpläne des rechtsnationalen Regierungschefs Bart De Wever protestiert. Vergangene Woche legte ein Streik erneut die Flughäfen und den öffentlichen Verkehr lahm, und landesweit demonstrierten 100 000 Personen. Gewerkschaften, feministische Netzwerke und internationale Solidaritätsorganisationen kämpfen gemeinsam gegen eine Politik, welche die militärische Aufrüstung auf Kosten der Lohnabhängigen und Rentnerinnen und Rentner finanzieren will. Unter anderem plant die Regierung die Einführung des Rentenalters 67 und einen Abbau beim Service public.

Bus und Bahn im Depot

HAMBURG. Am Donnerstag stehen die Busse und U-Bahnen in Hamburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen still. Falls die weiteren Verhandlungen scheitern, schliessen sich auch die Nahverkehrsarbeitenden in Hessen, Bremen, Brandenburg und dem Saarland dem Streik an. Grund für den Streik: Zurzeit finden Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und



STREIKEN: In Deutschland steht der ÖV bald still. FOTO: KEYSTONE

der Gewerkschaft Verdi statt. Ziel der Gewerkschaft ist es, die hohe Belastung zu senken und die Berufe wieder attraktiver zu machen. Nur so könne man die hohe Personalfuktuatation stoppen und den Mangel an Fahrerinnen und Fahrern bekämpfen.

Mindestfranchise 400 Franken

BERN. Die Krankenkassenprämien sind für viele Menschen in der Schweiz die finanzielle Sorge Nummer eins. Doch statt die Kosten für die Bevölkerung zu senken, will der Bundesrat die Mindestfranchise auf 400 Franken und ab 2035 auf 500 Franken erhöhen. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) geht dieser Vorschlag in die komplett falsche Richtung. Er teilt mit: «Dieses Ansinnen ist völlig realitätsfremd und komplett unsolidarisch. Der SGB hatte diese Vorlage von Beginn weg bekämpft und wird dies weiter tun.»

Raus aus der Schuldenfalle

BERN. Nach dem Nationalrat stimmt nun auch der Ständerat der geordneten Schuldbereinigung für Privatpersonen zu. Damit wird Hunderttausenden hoffnungslos verschuldeten Menschen in der Schweiz eine zweite Chance geboten. Während einer befristeten Zeit müssen sie auf dem Existenzminimum leben, und in dieser Zeit dürfen keine weiteren Schulden gemacht werden. Danach werden die Restschulden erlassen. Dies ist ein grosser Fortschritt, um die Schulden Spirale zu stoppen und den betroffenen Menschen wieder eine Teilhabe am sozialen sowie wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Den Familien geht das Geld aus



DIE LUFT WIRD DÜNNER: Viele Familien in der Schweiz erwarten, dass finanziell schwierige Zeiten auf sie zukommen. FOTO: CANVA

79 Prozent der Schweizer Familien sind mit ihrem Familienleben zufrieden. Doch gleichzeitig blicken drei Viertel pessimistisch in die nahe Zukunft: 76 Prozent erwarten, dass sich die Situation für Familien in den kommenden drei Jahren weiter verschlechtern wird. Das zeigt der

76 Prozent erwarten, dass sich die Situation für Familien weiter verschlechtern wird.

ausgewählte Familien befragt wurden. Der Pessimismus hat handfeste Gründe. Jede zweite Familie gibt an, das Haushaltseinkommen reiche nur knapp fürs gemeinsame Familienleben. Bei 7 Prozent reicht es schlicht nicht. Besonders betroffen sind Familien mit Kleinkindern: Bei Eltern mit Kindern unter drei Jahren sagen

53 Prozent, das Geld sei knapp. Über die Ursachen muss man nicht rätseln: Die unteren und mittleren Löhne stagnieren seit Jahren. Für das bestverdienende Prozent ging es pro Monat dagegen um 3761 Franken obsi. Doch die Kosten für Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen steigen beinahe ungebremsst. 49 Prozent der Familien nennen die Krankenkassenprämien als drängendste Sorge, zum vierten Mal in Folge. Auf Platz zwei folgen die steigenden Preise (37 Prozent), danach Gesundheit und Wohnkosten. Im Alltag heisst das: 42 Prozent kürzen bei den Ferien, 36 Prozent bei Restaurantbesuchen. In der Romandie und im Tessin verzichten 14 bis 15 Prozent sogar auf Arzt- und Zahnarztbesuche.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/familien

Die SRG ist gerettet. Vorerst.

61,9 Prozent der Stimmenden sagten Nein zur SVP-Initiative, die der SRG das Geld radikal entziehen wollte. Doch der Service public ist damit längst nicht gerettet. Denn mit SVP-Bundesrat Albert Rösti haben die SRG-Feinde einen einflussreichen Vertreter im Bundeshaus. Einen, der



ZUFRIEDEN: Susanne Wille, Generaldirektorin der SRG. FOTO: KEYSTONE

schon mehrfach bewiesen hat, wie er freundlich lächelnd mit Verordnungen Volksentscheide umgeht, die ihm nicht passen: von A wie AKW und Autobahnen bis W wie Wolfsschutz. Der SRG hat Rösti schon vor der Abstimmung vom 8. März einen knappen Fünftel der Mittel entzogen. Am Abstimmungssonntag machte er klar, was er nun zu tun gedenkt: die SRG finanziell weiter schwächen und die absurde Diskussion um die «Ausgewogenheit» am Köcheln halten. Unter «Ausgewogenheit» verstehen die Rechten wie Rösti rechte Positionen. Was nicht ihrer Meinung entspricht, ist «linksradikal». Auch hier ist Trump ihr grosses Vorbild, zu dem Rösti ja «persönlich tendiert», wie er vor den US-Wahlen einräumte.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/srg-gerettet

Warnstreik: Die Menschen stehen hinter dem Buspersonal

Mit ihrem Warnstreik haben die Busfahrerinnen und Busfahrer von Winterthur ein Zeichen gesetzt: Sie sind mit ihrer Geduld am Ende. Ihre Arbeitsbedingungen müssen sich dringend verbessern. Nur: Die Stadtregierung scheint sie immer noch nicht ernst zu nehmen. Ein weiterer Streik steht bevor (siehe Seite 8). Die Kommentare im Netz zeigen jedenfalls, dass die Bevölkerung hinter ihnen steht.



@workzeitung

Einfach tragisch, was bei einem Stadtbetrieb abgeht. Dass hier der Unmut wächst, ist verständlich.
Mario Rianda

Seit 2009 ist es ein Kampf. Genug ist genug.
Sorriddiallavit82

Das ist der erste berechnete Streik seit 1918. Zeichen setzen!
Graziano Del Monego

Das mit den Minusstunden geht gar nicht. Arbeit muss fair und korrekt sein, egal in welchem Beruf.
Marco La Cioppa

Volle Solidarität mit dem Kampf der Busfahrerinnen und Busfahrer!
no_zeg

Schwache Leistung vom Stadtrat. Starke Leistung von den Busfahrern.
bkp_schweiz

Megafair, dass ihr um diese Zeit gestreikt habt.
Nidelnils

Das feministische Paradox

Zu ihrem 35-Jahr-Jubiläum organisierte die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich eine Tagung zum Thema Gewalt und Männlichkeiten. Die Regentschaft von Trump, die



AUTORIN: Susanne Kaiser. FOTO: ZVG

Veröffentlichung der Epstein-Files oder die wachsende Zahl von Femiziden zeigen, dass die politische Mobilisierung um «Männlichkeit» im Internet auch reale Gewalt zur Folge hat. Die Autorin Susanne Kaiser bezeichnet dies als das «feministische Paradox»: Fortschritte in der Gleichstellung lösten bei vielen Männern eine Abwehrhaltung aus. Doch wenn Männer ihre Ängste vor neuen Geschlechterrollen und Statusverlust überwinden könnten, gäbe es für alle etwas zu gewinnen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/männer

Podcast «Working Class»

In der neuesten Podcast-Episode von «Working Class – die Stimme der Bütz» thematisieren wir die Gleichstellung. Wie und wo stehen Frauen in der Arbeitswelt? Geht es wirklich noch vorwärts mit der Gleichberechtigung? Oder sind die Rechte, die sich Frauen erkämpft haben, schon wieder bedroht? work im Gespräch mit Leena Schmitter, Unia Co-Sektorleiterin Tertiär. Hier reinhören:

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/work-podcast

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



**UNSICHTBARE
BÜEZERINNEN:**
Wie hier in Indien
sorgen Millionen
von Data-Workern
dafür, dass KI
funktioniert.

FOTO: REBECCA CONWAY

Wie Tech-Konzerne auf dem Rücken von Millionen Menschen Milliarden verdienen

Billigarbeit macht KI intelligent

Künstliche Intelligenz wirkt übermenschlich. Doch hinter den scheinbar «intelligenten Maschinen» stehen Menschen. Millionen von ihnen. Sie leisten widerliche Arbeit zu miserablen Arbeitsbedingungen. Aber jetzt regt sich Widerstand.

Yael Yimam

Bevor Maschinen Texte generieren, Bilder erkennen oder Inhalte verbergen können, müssen sie trainiert werden. Dafür braucht es enorme Datenmengen und Millionen von Menschen, die diese Daten sortieren, kategorisieren und bewerten. Schätzungen der Weltbank zufolge arbeiten weltweit zwischen 150 und 430 Millionen Menschen in Bereichen digitaler Plattformarbeit. Erst durch ihre Arbeit können KI-Systeme programmiert werden.

DIE ARBEIT ALS DATA-WORKER

Joan Kinyua und Ephantus Kanyugi aus Kenia sind zwei von ihnen. Sie arbeiten seit über acht

«Unsere Unsichtbarkeit ist Teil des Systems. So können sie uns ausbeuten.»

DATA-WORKER EPHANTUS

Autos. «Dafür musste ich Autos und Personen in Bildern markieren», erzählt sie. In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben komplexer geworden: Sie haben an Projekten für medizinische Geräte, den Finanzsektor, die Landwirtschaft und digitale Karten gearbeitet. «Unsere Arbeit braucht es in fast jedem Sektor», sagt Ephantus.

Auf die Jobs stiessen die beiden über Empfehlungen von Freunden. Anfangs waren beide begeistert. «Es gab einen riesigen Hype rund um KI», sagt Ephantus zu work. «Die Jobs waren zwar schlecht bezahlt, aber wir dachten, das sei erst der Anfang. Wenn die Branche wächst, würden sich auch die Arbeitsbedingungen verbessern. Viele hofften sogar auf eine Karriere in der KI-Industrie und akzeptierten deshalb zunächst die schlechten Bedingungen.» Die Hoffnung erfüllte sich nicht.

In Kenia verdienen Data-Worker wie Joan und Ephantus im Durchschnitt nur rund zwei Dollar pro Tag. Sie arbeiten meist als «Selbstständige» via digitale Plattformen oder erhalten kurzfristige Monatsverträge über Subunternehmen. Die Aufträge und Anstellungen sind unsicher, Sozialleistungen oder Rentenansprüche gibt es nicht.

Um genug Geld zum Leben zu verdienen, arbeiten viele Data-Worker bis zu 18 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche.

UNTERIRDISCH BEZAHLT

Die Arbeit ist projektbasiert: Jedes Projekt hat andere Inhalte, die Dauer ist unklar und die Bezahlung unterschiedlich. Vor Beginn eines Projekts wissen die Beschäftigten oft nicht, wie viel sie verdienen werden. Zudem ist die Bezahlung in den letzten Jahren deutlich gesunken. Joan beschreibt es so: «Eine Aufgabe, die früher zehn Dollar pro Stunde brachte, wurde später so komplex, dass sie drei Tage dauerte und nur noch zwei Cent einbrachte.»

Um genug Geld zum Leben zu verdienen, arbeiten viele Data-Worker bis zu 18 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche.

BELASTENDE INHALTE

Mit der Zeit wurden die Aufgaben nicht nur komplizierter, sondern auch belastender. «Je länger ich als Data-Workerin arbeitete, desto



ORGANISIERT: Joan Kinyua. FOTO: ZVG

mehr Projekte beinhalten pornografische Bilder», erzählt Joan. «Zum Beispiel musste ich Bilder von nackten Frauen in sehr seltsamen Situationen, mit Drogen auf dem Tisch oder mit Spuren von Gewalt, beschriften.» Andere Projekte waren noch schlimmer. «Es gab sogar Aufgaben, bei denen man beschreiben sollte, wie man jemanden bei lebendigem Leib häuten könnte», sagt Ephantus.

Welche Inhalte auf die Data-Worker zukommen, wissen sie nicht, bevor sie ein Projekt annehmen. Die permanente Konfrontation mit solchen Bildern bleibt aber nicht ohne Folgen. Joan erzählt, dass sie inzwischen unter einer Angststörung leidet.

GROSSER DRUCK

Trotz solchen Bedingungen arbeiten die meisten Data-Worker weiter. Viele der Beschäftigten leben in Regionen mit wenig Arbeitsmöglichkeiten und hoher Arbeitslosigkeit. Data-Work ist für viele Familien in Kenia eine der wenigen Einkommensquellen. Sich gegen bestimmte Aufgaben zu wehren ist schwierig. «Wenn man sich weigert, ein Projekt auszuführen, erhält man eine Verwarnung und verliert bei mehreren Verwarnungen den Job», erklärt Ephantus.

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

Ein grosser Teil der Datenarbeit wird so gezielt in Länder des globalen Südens ausgelagert – etwa nach Venezuela, auf die Philippinen, nach Brasilien, Indien oder Kenia, wo die Arbeitskosten tief sind. Das schafft Distanz.

Da die meisten Data-Worker nicht direkt bei Techunternehmen angestellt sind, sondern über Subunternehmen oder Plattformen arbeiten, können grosse Technologiekonzerne Millionen Menschen beschäftigen, ohne offiziell Verant-

wortung für deren Arbeitsbedingungen zu übernehmen. Gleichzeitig sparen sie so Millionen ein.

Die komplexen und undurchsichtigen Lieferketten erschweren es den Beschäftigten, sich zu organisieren oder gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen vorzugehen. Auch rechtliche Schritte sind schwierig.

DATA-WORKER ORGANISIEREN SICH

Doch inzwischen regt sich Widerstand. Vor rund einem Jahr gründeten Joan und Ephantus gemeinsam mit zehn anderen Data-Workern die Data Labelers Association. Die Organisation setzt sich für die Interessen der Beschäftigten ein und will die Rechte von Data-Workern stärken. Ihr wichtigstes Ziel: mehr Sichtbarkeit für Data-Worker. Denn für Ephantus ist klar: «Unsere Unsichtbarkeit ist Teil des Systems. So können Techindustrien uns ausbeuten, ohne Verantwortung zu übernehmen, und genau dagegen wollen wir vorgehen.»

Tatsächlich zeigen ihre Bemühungen bereits erste Wirkung. Die Organisation arbeitet inzwischen mit kenianischen und indischen Regierungsstellen zusammen, um neue Regeln für die Branche zu entwickeln. Noch ist unklar, ob diese Forderungen tatsächlich zu besseren Gesetzen führen werden. Doch eines haben Joan, Ephantus und ihre Mitstreiter bereits erreicht: Sie geben den Menschen hinter der künstlichen Intelligenz eine Stimme.

MEHR ÜBER KI ZUM SCHAUEN, HÖREN UND LESEN

• DW-Doku: «Die Verlierer der KI: Datenarbeiter im globalen Süden»



• ARD-Podcast: «Schuft für KI – Beuten Tech-Firmen Data Worker aus?»



• Buch: «Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche»



KI ist mehr als eine Technik

Es geht um die Weltherrschaft

Der rasende Aufstieg von künstlicher Intelligenz trägt ein autoritäres Projekt, das uns von den Big-Data-Konzernen abhängig machen will. Um Antworten zu finden, müssen wir tiefer in der KI-Ökonomie graben.

OLIVER FAHRNI

In den ersten 24 Stunden des Iran-Krieges griffen die israelisch-amerikanischen Militärs mehr als tausend ausgesuchte, oft bewegliche Ziele an. Menschliche «Operatoren» schaffen das nicht. Denn dazu müssten sie in Sekundenschnelle Bilder von Überwachungsdrohnen und Satelliten, Handy-Bewegungsprotokolle, gehackte Social-Media-Konten und viele andere Datensätze analysieren und Zielkoordinaten errechnen.

Die Wahrheit ist: Nicht Offiziere führen diese Angriffe durch, sondern Algorithmen. Künstliche Intelligenz. Der Überfall auf Iran ist der erste vollautomatische Krieg der Geschichte.

VERNICHTENDE KI

Am Drücker ist das System Maven. Entwickelt hat es der US-Konzern Palantir. Der ist gerade stark beschäftigt. Seine KI organisierte die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro. ICE, die Miliz des Trump-Regimes, jagt Migrantinnen und aufsässige Bürger mit Hilfe der Palantir-Plattform Falcon.

Und da ist der Vernichtungskrieg in Gaza. Weil der fürs Image kritisch ist, bestreitet Palantir, die Datenbank Lavender und die KI Gospel der israelischen Armee entwickelt zu haben.

Die hatten viele Tausende von Palästina-seerinnen und Palästina-fern fälschlicherweise als «Terroristen» zum Abschuss bestimmt. Doch das Dementi des Konzerns ist dünn. 2024 wurde die «strategische Partnerschaft» mit Israel gefeiert.

Wie freute sich eine Palantir-Sprecherin: «Wir werden immer tödlicher, also rentabler.» Der Börsenwert des Unternehmens ist im vergangenen Jahr um 600 Prozent gestiegen. CEO Alex Karp besteht auf einer «Kriegerkultur». Mantra: «Schneller und besser töten.»

ZIEL WELTHERRSCHAFT

Dem Mann mit seinem wilden grauen Haarbusch, der redet, als sei er permanent auf Amphetaminen, schmeichelt die journalistische Bezeichnung «gefährlichste Firma der Welt».



KRIEGERKULTUR: Palantir-CEO Alex Karp. FOTO: KEYSTONE

Freilich arbeitet Palantir auch für Banken, Firmen und zivile Behörden. Unter anderem in der Schweiz. Seinen operativen Europa-sitz hat der Konzern an der Zürcher Bahnhofstrasse. Aggressiv hat er versucht, mit Bund (Militärdepartement) und Kantonen (Polizei, Gesundheitswesen) ins Geschäft zu kommen. Offenbar mit geringem Erfolg. Hingegen sind Novartis, Swiss Re und der Medienkonzern Ringier gute Palantir-Kunden.

Karp sagt, Gewinn sei ihm egal, «mich interessiert nur Dominanz». Das Ziel? «Weltherrschaft». Militärisch wie ökonomisch.

Dies als PR-Stunt eines Kapitalisten aus dem Silicon Valley abzutun, wäre eine grobe Unterschätzung. 2025 hat das US-Regime Palantir beauftragt, die Totalüberwachung der Bevölkerung einzurichten. Ein Multi-Milliarden-Projekt. Nicht nur der gesamte Social-Media-Verkehr soll durchleuchtet werden (darum müssen Einreisende künftig ihre «History» preisgeben),

Elon Musks X und Mark Zuckerbergs Facebook, Instagram, Whatsapp, Messenger liefern zu. Vor allem aber soll Palantir Profile aller Bewohnerinnen und Bewohner erstellen. Angestrebt werden 314 «Datenpunkte» pro Person. Datenpunkte sind Informationen wie: Gewerkschafterin, Diabetiker, homosexuell... Bei Google gilt als Faustregel: Mit nur acht Datenpunkten lässt sich bereits verlässlich profilieren.

FRÜHERKENNUNG VON DEMOKRATEN

Daraus ziehen Big-Data-Konzerne mit intelligenten Algorithmen Prognosen über künftiges Verhalten. So lässt sich besser geschäftlich. Oder frühzeitig identifizieren, wer zu politischer Opposition oder gar gewerkschaftlichem Widerstand neigt. Der französische Inlandgeheimdienst DGSI hat seine Palantir-Verträge gerade erst um ein paar Jahre verlängert.

Die Firma wurde 2004 vom deutsch-südafrikanisch-amerikanischen Investor Peter Thiel,



HELD DER RECHTEN: Milliardär Peter Thiel. FOTO: KEYSTONE

Karp und einigen anderen just zum Zweck des Regimewechsels (im Innern) gegründet. Geldgeber war der Investmentfonds In-Q-Tel der CIA. Siebzehn Jahre lang machte Palantir keinen Gewinn. Doch mit öffentlichem Geld entwickelten sie die mächtigen Instrumente, auf die sich neue Rechte und die Konzerne bei ihrem Abriss der Demokratie nun stützen.

Der Milliardär Thiel ist eine der einflussreichsten Figuren der US-Rechtsradikalen. Er hat die Oligarchen des Silicon Valley an Trump herangeführt. Als Rassist (Erbe seiner Apartheid-Jahre) und Frauenverächter stellt er die Freiheit gegen die Demokratie: Weil der reiche, weisse Mann von Gott mit einem höheren IQ beglückt sei, müsse er sich nicht an Regeln und Gesetze halten. Neuerdings trägt Thiel apokalyptische Visionen vor. Mitunter erscheint ihm der Antichrist in der Gestalt von Greta Thunberg.

Sein erstes grosses Geld hatte Thiel mit Elon Musk und Paypal gemacht. Seither haben sie Donald Trump finanziert und ihm Thiels Zögling und Ex-Angestellter JD Vance als Vizepräsidenten aufs Auge gedrückt. Vance soll bald übernehmen.

Als Präsident Trump das Amt antrat, standen in der vordersten Reihe die Tech-Bros. Der Regimewechsel war vollzogen. Big Data hatte dominierende Fraktion des Kapitals zuerst die Börse, dann die Politik übernommen. In einer ersten Amtshandlung baute Trump sämtliche Leitplanken ab, mit denen seine Vorgänger versucht hatten, die Gefahren

künstlicher Intelligenz zu bändigen. Der Präsident steht ganz im Dienst des Big-Data-Kapitals. Europa droht er Übels an, sollte die EU die US-Konzerne in die Pflicht nehmen, um die Technik zugunsten der Arbeitenden zu nutzen. Und wo immer sich die Rohstoffe finden, die Big Data in exorbitanten Mengen verbraucht, Energie, Wasser, Metalle, seltene Erden, will er sie konfiszieren, notfalls militärisch. Weltherrschaft eben.

MASCHINENRÄUME DES KAPITALISMUS

Wer Zuckerbergs 600-Milliarden-Dollar-Projekt für ein Rechenzentrum – «so gross wie Manhattan» – beobachtet, versteht rasch: Hier wird die Welt umgebaut. Thiel will Monopole in privat regierten Produktionszonen als Maschinenräume eines neuen Kapitalismus. Uns allen sollen Flauen wie Solidarität, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit ausgetrieben werden. Und überhaupt sei nur eine schmale Schicht von Hoch-IQ-Menschen lebenswert. Sie zählen sich selbstverständlich dazu.

«Künstliche Intelligenz» pflügt gerade die Welt um. Radikal und schnell.

Eine neue Webmaschine namens KI

Macht die KI-Revolution die Welt zu einem viel besseren Ort? Oder zu einem ganz schlechten? Und wenn ja, für wen? Die Technologie ist neu. Doch die Fragen bleiben die alten.

CLEMENS STUDER

Als Joseph-Marie Jacquard 1801 in Lyon einen Webstuhl vorstellte, der Muster von Lochkarten liest statt aus dem Kopf eines Ziehjungen, lachen die Handwerker. Die Maschine webte unsauber, sei mechanischer Unsinn eines Bastlers. Innerhalb weniger Jahrzehnte verschwindet ein ganzer Berufsstand. Gut zweihundert Jahre später wiederholt sich die Szene, nur schneller. Viel schneller. Extrem viel schneller.

Als OpenAI am 30. November 2022 ChatGPT auf die Welt loslässt, ist der Spott gross. Die Maschine halluziniert, erfindet Quellen, kann «nicht einmal richtig rechnen». KI-Bildprogramme produzieren Menschen mit sechs Fingern. Oder drei. Kritiker sehen eine Spielerei, ein beeindruckendes Partytrick-Programm, das an jeder ernsthaften Aufgabe scheitern werde. Zwei Jahre später schreibt dieselbe Technologie Verträge, analysiert Bilanzen und löscht Stellen in Branchen, die sich für unersetzbar hielten. Und das ist erst der Anfang.

FLUCHT IN DEN AUFSTIEG

Die Wirtschaftsgeschichte seit der Industrialisierung lässt sich auch als eine Serie von Fluchten erzählen. Immer wenn die Maschine ein Feld besetzt, wich der Mensch in eine neue menschenexklusive Domäne aus. Das hat bei allen Verwerfungen bislang nicht schlecht geklappt.

Die erste Flucht: Als Dampfmaschine und Webstuhl die handwerkliche Muskelkraft überflüssig machten, wich der Mensch in die Bedienung und Überwachung der Maschinen aus. Aus dem Weber wurde der Fabrikarbeiter.

Die zweite Flucht: Als Fließband und Computerisierung die repetitive Routine automatisierten, floh der Mensch in die Wissensarbeit. Aus dem Fabrikarbeiter wurde der Sachbearbeiter, die Analystin, der Berater. Jedes Mal brauchten die Menschen neue Jobs. Und die neuen Jobs Menschen.

Die dritte Flucht findet so wohl nicht mehr statt. Denn KI scheint die erste Technologie, die sich genau in den Tätigkeiten verbessert, in die verdrängte Arbeitnehmer bisher ausgewichen sind. Es gibt keinen höheren kognitiven Raum mehr, der nicht bereits von KI-Agenten besetzt ist oder bald besetzt wird. Der Fluchtweg ist versperrt.

UND ICH?

Aus der individuellen Arbeitnehmenden-Sicht formuliert, bedeutet das aktuell: Wer KI-Werkzeuge einsetzt, um kodifizierbare, also in Regeln fassbare Routinearbeit schneller zu erledigen, steigert seine kurzfristige Produktivität, macht sich aber langfristig ersetzbarer, denn genau diese Routinearbeit wird als nächstes vollständig automatisiert. Wer KI einsetzt, um das eigene Erfahrungswissen zu «boosten», etwa um schneller an relevante Informationen zu kommen, Hypothesen zu testen oder komplexere Analysen durchzuführen als bisher möglich, baut einen Vorsprung auf. Der Wert von Erfahrung steigt in einer KI-durchdrungenen Arbeitswelt. Aber nur für jene, die KI als Verstärker ihres Erfahrungswissens einsetzen, nicht als Ersatz für dessen Erwerb. Vorerst jedenfalls noch. Darum gehören Spezialistinnen und Spezialisten, die ihr Wissen für KI-Systeme aufbereiten, diese also quasi ausbilden, derzeit zu den bestbezahlten. Doch auch hier stellt sich in-

dividuell und gesellschaftlich die drängende Frage: Für wie lange?

DIE ENGELS-PAUSE

Es ist nicht das erste Mal, dass Produktivitätsgewinne nicht bei jenen landen, die sie erwirtschaften. Das ist eine Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Als die ersten Fabriken Englands ihre Maschinen anwarfen, explodierte die Produktion. Doch bei den Arbeitenden kam davon lange kaum etwas an. Friedrich Engels beschrieb «die Lage der arbeitenden Klasse» 1845 mit scharfer Feder: eine Wirtschaft, die immer reicher wurde, während ihre Arbeiter in Elendsquartieren lebten. Wirtschaftshistoriker nennen diese Phase unterdessen die Engels-Pause. Erst Jahrzehnte später, mit stärkeren Gewerkschaften und politischen Reformen, begannen auch die Reallöhne zu steigen. Der Unterschied heute: Die Pause dauert keine Jahrzehnte mehr. Die Absaugung läuft in Echtzeit.

DIE GRETCHENFRAGE

Hier hört die Technologiedebatte auf und beginnt die politökonomische. Die entscheidende Frage ist nicht, ob die Maschine funktioniert. Sie funktioniert. Noch nicht überall, aber in dramatisch mehr Bereichen, als vor zwei Jahren, einem Jahr, sechs Monaten, drei Wochen jeweils noch denkbar schienen. Die Frage ist: Wem gehört sie? Jacquards Webstuhl gehörte den Fabrikbesitzern. Die Dampfmaschine auch. Das Fließband auch. Jedes Mal entschied die Eigentumsfrage, wer von der Produktivität profitierte und wer nur die Kosten der Verdrängung trug. Die KI von 2026 ist im Kern eine Kapitalkonzentrationsmaschine. Ihre Infrastruktur – Rechenleistung, Energie, Cloud – gehört einer Handvoll globaler

Plattformen. Wer diese Basis kontrolliert, kontrolliert den Stecker der gesamten Weltwirtschaft.

Besonders perfid ist die Selbstverstärkung: Produktivere Firmen adoptieren KI schneller. Sie werden noch produktiver, vergrössern den Abstand zu den weniger produktiven weiter und investieren die Gewinne sofort in die nächste Generation der Infrastruktur. Eine Rückkopplungsschleife ohne natürliche Bremse. Der Abstand wächst nicht linear, er wächst exponentiell.

Die Wertschöpfung wandert ab. Wenn eine Anwältin in Zürich oder ein Finanzanalyst in Genf durch ein Plug-in von Anthropic ersetzt wird, wandert sie direkt nach San Francisco. Nicht geografisch – das wäre lösbar –, sondern in die Bilanzen weniger Konzerne und ihrer Besitzer. Die sozialen Kosten hingegen bleiben lokal: Die Arbeitslosigkeit, der Lohnverfall, die überlasteten Sozialsysteme tragen die Gesellschaften vor Ort. Gewinne privat, Kosten vergesellschaftet. Auch dieses Modell ist nicht neu. Neu ist nur die Geschwindigkeit.

DER 3. FEBRUAR 2026

Jede technologische Revolution hat ihre Momente der Verdichtung. Für die KI-Ära war es nicht der Launch von ChatGPT. Es war der 3. Februar 2026. An diesem Tag veröffentlicht Anthropic ein Automatisierungs-Plug-in für Rechts- und Finanzanwendungen. Kein grosser Launch, kein Medienauftritt, sondern «einfach mal so rauslassen». Was folgte, ist Panik beim Kapital. Innerhalb eines Handelstages werden 300 Milliarden Börsenwert ausradiert. «Der Markt» greift an diesem Tag etwas, was er vorher verdrängt hat: KI ist nicht einfach ein weiteres hilfreiches Werkzeug, das die Arbeit ergänzt. Es ist ein Werkzeug, das ganze Branchen ersetzt.

Investoren suchen seither nicht mehr «AI Exposure», sondern «AI-Immunität». Der «AI Scare Trade» – eine von Angst getriebene Kapitalverschiebung, bei der Anleger potentielle KI-Verlierer abstrafen und erwartete Gewinner aufpumpen – frisst Branche um Branche und führt geradewegs in die SaaS-Apokalypse. SaaS (Software als Dienstleistung; bekannte Beispiele sind SAP, Oracle, Adobe) meint dabei den laufenden Zugriff auf zentral betriebene Software gegen wiederkehrende Gebühren. Lange galt dieses Modell wegen seiner planbaren Abo-Einnahmen als Goldesel. Mit dem Aufstieg der KI wird mancher dieser Konzerne zum lahmen Gaul:

Wer die KI-Infrastruktur kontrolliert, kontrolliert auch die Weltwirtschaft.

Einzelne Funktionen werden automatisiert, ganze Tools von generativen Systemen «aufgefressen». Wer nur bestehende Software vermietet, verliert.

Versicherungsmaklerinnen, Broker oder Immobiliendienstleister lebten lange davon, dass sie mehr wussten als ihre Kundinnen und Kunden. Und dieses Wissensgefälle zu Geld machen konnten. Genau dieser Vorteil bröckelt nun rasant. KI-Systeme liefern heute vielen Menschen in Sekunden ähnliches Wissen. Was früher ein knappes Gut war, wird breit verfügbar und damit weniger profitabel. Die «Prämie» auf Wissen und Denken, die menschliche Arbeit so lange ausgezeichnet hat, schrumpft.

GEISTER-BIP UND ...

Das klassische Versprechen der Ökonomie lautet: Höhere Produktivität führt zu höherem Wohlstand für alle. Und

das Versprechen an die Lohnabhängigen lautet: Bessere Qualifikation bringt bessere Löhne. Die beiden Autoren James van Geelen und Alap Shah unter dem Titel «The 2028 Global Intelligence Crisis» einen Ausblick in die Welt im Jahr 2028 gewagt. Sie spekulieren darin nicht wild, sondern schreiben nachvollziehbar die Entwicklungen der letzten Monate fort.

KI-Agenten erledigen Aufgaben in Sekunden, für die Menschen Wochen brauchen. Das BIP steigt, weil der Output massiv zunimmt. Aber da diese Arbeit keine menschlichen Löhne mehr generiert, versiegt der Konsum. Ein Algorithmus kauft kein Brot, geht nicht in den Ausgang und zahlt keine Miete. Was auf dem Papier als Wirtschaftswachstum erscheint, zirkuliert nicht mehr in der Breite. Es ist das «Ghost GDP» – ein Geister-BIP. Wohlstand, der statistisch existiert, aber bei niemandem ankommt ausser bei den Besitzern der Infrastruktur.

... PLATTFORM-ÜBERMACHT

Die verdrängten Experten drängen in den Niedriglohnssektor, fluten den Markt und drücken die Löhne für alle nach unten. Am unteren Ende dieser Abwärtsspirale wartet eine bizarre Umkehrung: Plattformen wie «Rent a Human» vermitteln Menschen als Hilfskräfte für KI-Agenten. Der Mensch erledigt die haptischen Aufgaben, für die ein Algorithmus keinen Körper hat. Das Versprechen der Automatisierung lautete stets: Die Maschine arbeitet, damit der Mensch frei(er) ist. Die Realität, die sich 2026 abzeichnet: Der Mensch arbeitet, damit die Maschine läuft. Er ist nicht mehr der Herr, sondern der haptische Fortsatz einer Infrastruktur, die er nicht besitzt.

Die eigentliche Machtfrage der neuen KI-Revolution ist die alte Infrastrukturfrage. Wer die Rechenleistung, die Energie und die Cloud kontrolliert, kontrolliert die operative Macht der Weltwirtschaft. Das wahrscheinlichste Szenario der im Februar erschienenen Studie «AI Geopolitics 2030» der Unternehmensberatungsfirma KPMG ist gleichzeitig auch das hässlichste: «Plattform Supremacy», die Plattform-Vorherrschaft. Einige wenige Anbieter dominieren eine fragmentierte Welt, während staatliche Souveränität schrumpft.

DIE DREI-TAGE-WOCHE

Das Versprechen ist alt und schön: Die Maschine übernimmt die Arbeit, der Mensch gewinnt die Zeit. Die Drei-Tage-Woche als Frucht des Fortschritts. Technisch wäre sie heute möglich. Die KI-Webmaschine arbeitet schnell genug. Planen und steuern kann sie auch sehr effizient.

Wenn wir stattdessen über Geister-BIP und den schleichenden Abstieg breiter Schichten in das Dienstleistungsprekariat diskutieren, liegt das nicht an der Technologie. Es liegt an der politischen Entscheidung, wer die Infrastruktur besitzt. Die Gewinne der Produktivität werden nicht verteilt, sie werden konzentriert.

Jacquards Weber haben das instinktiv gespürt. Deshalb zerstörten sie seine Webstühle. Es hat nichts geholfen. Weil Maschinenstürmerei noch nie wirklich geholfen hat. Was 1801 in Lyon begann, ist 2026 nur schneller, globaler und diesmal mit dem Unterschied, dass die Maschine nicht webt, sondern denkt. Oder zumindest sehr erfolgreich diesen Eindruck erweckt. Die entscheidende Frage bleibt dieselbe: nicht, ob die Maschine funktioniert – sondern wem sie gehört.

Unsozialer Ständerat
Angriff auf
Tiefstlöhne

Nach dem Nationalrat nimmt nun auch der Ständerat die Motion Ettlin an. Diese will Mindestlöhne aushebeln. Die Gewerkschaften gehen in die Offensive.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Arm trotz Arbeit? Das ist die Realität von 357'000 Menschen in der reichen Schweiz. Das bestätigte Caritas Schweiz in einem Interview mit work vor wenigen Wochen. Die finanziellen Sorgen dieser Menschen kümmert einige gar nicht. Einer von ihnen ist Roland A. Meier, Arbeitgeberdirektor. Genau vor einem Jahr sagte er gegenüber der nationalrätlichen Wirtschaftskommission: Ein existenzsichernder Lohn ist «nicht die



SORGT SICH NICHT UM GERINGVERDIENER: Ständerat Erich Ettlin. FOTO: KEYSTONE

Aufgabe der Arbeitgeber». Und: «Irgendwo hört es auf. Da muss dann schliesslich die Sozialhilfe einspringen.»

Trotz Büz auf's Sozialamt? Dieses Risiko wollen nun auch National- und Ständerat eingehen. Wohlgemerkt, nicht selbst. Die Ratsmitglieder müssen sich natürlich keine Sorgen machen. Ihr Jahreseinkommen liegt im sechststelligen Bereich. Doch das ist fern von der Realität der Büzzerinnen und Büzzer der Schweiz. Nachdem der Nationalrat beschlossen hat, die kantonalen und städtischen Mindestlöhne anzugreifen, zieht der Ständerat nach. Für die Gewerkschaft Unia ist klar: nicht mit uns!

TIEFLÖHNE NOCH TIEFER

Konkret geht es um die Motion Ettlin, die Löhne in den Tieflohnbranchen weiter senken will. Betroffen sind Arbeiterinnen und Arbeiter im Gastgewerbe, in der Reinigung, in Coiffeursalons, Tankstellenshops und weiteren Branchen mit den tiefsten Löhnen im Land. Denn die Motion fordert, dass die

Die Unia wehrt sich mit aller Kraft dagegen.

Löhne gemäss Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Vorrang haben. Das bedeutet, dass in Kantonen wie Genf oder Neuenburg, wo das Stimmvolk für Mindestlöhne abgestimmt hat, diese in einzelnen Branchen nicht mehr gelten. Nämlich in jenen, wo ein Gesamtarbeitsvertrag vorhanden ist. Dasselbe würde für die Städte Zürich, Winterthur und Luzern gelten, wo ein städtischer Mindestlohn von der Bevölkerung angenommen wurde, aber noch nicht in Kraft ist. Was bedeutet dieser Entscheid für die Menschen, die heute von einem Mindestlohn profitieren? Noémie Zurlinden, Ökonomin bei der Gewerkschaft Unia, sagt: «Die Mindestlöhne von Arbeitnehmenden, die einem allgemeinverbindlichen GAV unterstellt sind, würden künftig nicht mehr an die Teuerung angepasst werden. Das heisst, ihre Löhne entwerten sich, sie verlieren an Kaufkraft.»

SPIEL MIT DEM FEUER

Mindestlöhne – egal ob städtisch oder kantonal – sind heute ein wichtiges Instrument gegen Lohndumping. Der Entscheid vom Parlament schwächt somit den Lohnschutz aller Büzzerinnen und Büzzer. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund weiss: Diese Schwächung ist ein Spiel mit dem Feuer. Und birgt gerade jetzt vor den anstehenden Europa-Abstimmungen Risiken. Der Gewerkschaftsbund, bei dem auch die Unia dabei ist, wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen Angriff. Denkbar ist ein Referendum, bei dem das Volk das letzte Wort hat.

Das Geschäft geht nochmals zurück in den Nationalrat, der sich über eine neu aufgenommene Besitzstandsregel beraten muss. Danach wird über die Gesetzesänderung nochmals final abgestimmt.

Mehr bezahlte Reisezeit und keine 6-Tage-Woche

Frisch gestrichen:
Das bringt der neue Maler-Gipser-GAV

Mit dem neuen GAV wird die unbezahlte Reisezeit halbiert und die Samstagsarbeit für Malerinnen und Gipser zur Ausnahme mit Lohnzuschlägen gemacht. Bei den Löhnen, Ferien sowie bei den Lernenden besteht jedoch weiterhin Verbesserungsbedarf.

IWAN SCHAUWECKER

Ab dem 1. April gilt für das Maler- und Gipsergewerbe in der Deutschschweiz, im Kanton Jura, im Berner Jura sowie im Tessin ein neuer Gesamtarbeitsvertrag. Bruna Campanello, die Leiterin des Sektors Gewerbe bei der Unia, ist trotz den langwierigen Verhandlungen zufrieden mit dem Resultat.

In der Branche brechen zu viele Lernende die Ausbildung ab.

Samstag trotzdem gearbeitet werden muss, gibt es endlich einen Lohnzuschlag, so wie dies in anderen Gewerbebranchen schon lange der Fall ist.» Die Reisezeiten müssen neu verbindlich auf dem Arbeitszeitrapport erfasst werden. Zudem werden bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen des GAV die Konventionalstrafen erhöht.

GEMEINSAMER EINSATZ

Campanello ist überzeugt: «Diese Verbesserungen sind nicht vom Himmel gefallen. Sie wurden von den Arbeitnehmenden gemein-

sam mit uns erkämpft.» So etwa an einer Landsgemeinde der Malerinnen und Gipser in Bern oder mit der Übergabe einer Petition mit 2200 Unterschriften an die Arbeitgeber. Forderungen nach noch längeren Arbeitszeiten und die 6-Tage-Woche konnten abgewehrt werden. Dass der Schweizerische Maler- und Gipserunternehmer-Verband (SMGV) trotz Fachkräftemangel und dem schwindenden Interesse der Lernenden nicht zu weiteren Zugeständnissen bereit war, bleibt aber ein Problem.

ZU TIEFE LÖHNE, ZU WENIG FERIEN

Denn bei den Löhnen, den Ferien sowie bei der Situation der Lernenden besteht weiterhin grosser Handlungsbedarf. Die Löhne stiegen zwar per 1. April 2025 um 100 Franken (75 Franken generell und 25 Franken individuell). Und im neuen GAV ist ein automatischer Teuerungsausgleich von jährlich bis zu 2 Prozent vorgesehen. Für das Jahr 2026 gibt es jedoch keine generelle und auch keine individuelle Erhöhung der Löhne. Auch bei den Ferien zeigten sich die Arbeitgeber unnachgiebig: Mehr als die bestehenden 22 Tage wollten sie den Malerinnen und Gipsern nicht gönnen.

IMMER MEHR LEHRABBRÜCHE

Der Mindestlohn einer gelernten Malerin mit drei Jahren Berufserfahrung liegt zurzeit bei 5051 Franken. Für eine Person ohne Lehrabschluss liegt der Mindestlohn bei le-

diglich 4258 Franken. Und auch für die Lernenden verbessert sich die Situation nicht. Sie sind weiterhin nicht dem GAV unterstellt und erhalten deshalb auch keinen 13. Monatslohn. Im letzten Jahr ist die Lehrabbruchquote noch weiter angestiegen, bei den Gipsern inzwischen auf rekordhohe 47 Prozent, und viele Lehrstellen bleiben unbesetzt.

Fortschritte: Das bringt der neue GAV

Die Gratis-Reisezeit sinkt schrittweise über drei Jahre auf 15 Minuten pro Tag. Bleibt die Arbeitszeit gleich lang, gibt es mehr Geld dank mehr Überstunden oder Überzeit mit Zuschlag.

ZUSCHLAG. Die Samstagsarbeit muss spätestens ab dem vierten Einsatz im Jahr mit 25 Prozent Lohnzuschlag abgegolten werden. Der Lohnzuschlag muss mit dem nächsten Monatslohn ausgezahlt werden. Es gilt neu ein automatischer Teuerungsausgleich bis 2 Prozent, und die Mittagspauschale steigt auf 275 Franken pro Monat. Die neuen Regeln des GAV wurden per 1. April 2026 für allgemeinverbindlich erklärt.

Buspersonal stellt dem Stadtrat von Winterthur ein Ultimatum

«Das sind Scheinverhandlungen!»

Das Personal von Stadtbus Winterthur setzt ein Ultimatum. Wenn es in den Verhandlungen keine substantiellen Angebote seitens der Stadtregierung gibt, wird wieder gestreikt. Dieses Mal unangekündigt und unbefristet.

IWAN SCHAUWECKER

Nach dem erfolgreichen Warnstreik der Winterthurer Busfahrerinnen und Busfahrer am 3. März liessen sich die Stadtregierung und die Geschäftsleitung von Stadtbus Winterthur endlich auf Verhandlungen mit dem Personal ein. Dies, nachdem sie deren Forderungen und eine Petition der Belegschaft während über eines Jahres ignoriert hatten. Die Mitarbeitenden von Stadtbus Winterthur verlangen einen Ausbau der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit. Ausserdem fordern die Busfahrerinnen und Busfahrer eine gerechte Lösung für die kurzfristigen Einspringerdienste sowie die Abschaffung der unfairen Minuszeiten.

Der nächste Streik findet unbefristet statt.

EINSTIMMIG FÜR ULTIMATUM

Doch die Verhandlungen haben bisher zu keinem Resultat geführt. Christian Reisacher, Chauffeur von Stadtbus Winterthur, sagt: «Aus unserer Sicht sind das Scheinverhandlungen, um Zeit zu gewinnen. Bisher haben wir keinen Willen für ein echtes Angebot auf unsere Anliegen festgestellt.»



CHAUFFEUR CHRISTIAN REISACHER: «Bisher haben wir keinen Willen für ein echtes Angebot auf unsere Anliegen festgestellt.» FOTO: CAROLINE MINJOLLE

Die Unzufriedenheit unter den Mitarbeitenden ist entsprechend gross. Bei der Personalversammlung von letzter Woche haben sich die über 100 anwesenden Busfahrerinnen und Busfahrer einstimmig für ein Ultimatum an die Stadtregierung ausgesprochen. Sie wollen dem zuständigen FDP-Stadtrat Stefan Fritschi noch bis am Mittwoch dieser Woche Zeit geben (nach Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe). Wenn bis dann keine ernstgemeinten Vorschläge zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen präsentiert werden, wollen sie wieder in den Streik treten. Der Streik würde dann ohne Vorankündigung und unbefristet

stattfinden. Für die Schweiz wäre ein solcher Streik historisch.

VERANTWORTUNG FÜR DEN STREIK

Micha Amstad, VPOD-Zentralsekretär für den Nahverkehr, sagt: «Für diesen Streik wären einzig und allein der Stadtrat und die Geschäftsleitung verantwortlich. In sechs Stunden Verhandlungen wurden keine Lösungen für die Sorgen der Mitarbeitenden vorgelegt.» Der Stadtrat «bedauert» seinerseits die gescheiterten Verhandlungen und schreibt, dass man «ein konkretes, realistisches und faires Angebot zur Lösungsfindung» gemacht habe. Und man sei trotz Streikandrohung gesprächsbereit.

VOM FINANZKONZERN ZERLEGT:
Die Firma Schurter in Luzern. FOTO: ZVG



Capvis demontiert Schweizer Traditionsbetrieb Miese Masche mit System

Das Elektronikunternehmen Schurter streicht in Luzern 100 Stellen. Seit bei Schurter der Zuger Finanzkonzern Capvis das Sagen hat, wird radikal um- und abgebaut.

IWAN SCHAUWECKER

Bis vor wenigen Jahren waren Kapitalbeteiligungsgesellschaften noch heftig umstritten. Ihr Geschäftsmodell galt als Heuschreckenplage: ein Unternehmen kaufen und nach wenigen Jahren gewinnbringend wieder verkaufen, ohne Rücksicht auf Unternehmen und Jobs. Oder im Fachjargon: Restrukturierungen mit hohen Renditerwartungen. Heute sind solche Finanzgeschäfte salonfähig. Und dieser «Kapitalismus in Reinform» wird durch die global wachsenden Anlagevermögen von Superreichen und Pensionskassen immer wichtiger.

Das müssen gegenwärtig auch die Mitarbeitenden der Elektronikfirma Schurter in Luzern erleben. Bis 2023 war das Unternehmen mit weltweit 2000 Angestellten, davon 460 in der Schweiz, im Besitz der Familie Schurter. Eigentlich sollte ein Familienmitglied der vierten Generation die erfolgreiche Firma übernehmen. Doch der geplante Nach-

folger und Urenkel des Firmengründers starb 2021 bei einem Lawinenunfall. In der Folge entschied sich die Familie für den Verkauf der Firma an die Zuger Beteiligungsgesellschaft Capvis. Der für die Übernahme zuständige Partner der Capvis sagte damals: «Die seit Jahren in den Schlüsselindustrien Elektronik, Automatisierung sowie Digitalisierungstechnologie erfolgreiche Gruppe verfügt über die richtigen Mitarbeitenden und Technologien, um die Erfolgsgeschichte auch künftig weiterzuschreiben.»

VON CAPVIS AN CAPVIS VERKAUFT

Der Verbleib der Familie Schurter im Verwaltungsrat und des bestehenden CEO an der Spitze des Unternehmens sollten Vertrauen schaffen. Aber weniger als ein Jahr nach der Übernahme vollzog Capvis eine Kehrtwende und wechselte das Management der Firma aus. Die Zerlegung des Unternehmens konnte beginnen. Die auf die Produktion von Leiterplatten spezialisierte Schurter Solutions mit zwei Standorten und 280 Mitarbeitenden in Mendrisio TI und Rumänien wurde an den Konkurrenten Variosystems aus Steinach SG verkauft.

Pikant: Dieses Elektronikunternehmen ist mehrheitlich im Besitz von Capvis. Im Gegensatz zu Schurter setzt Capvis bei Variosystems aber auf Expansion. So kaufte Variosystems auch die deutsche Heicks Industrie-elektronik, die auf die Beschichtungen von elektronischen Bauteilen für die Luftfahrt und Rüstung spezialisiert ist. Bei Schurter gibt es dagegen einen Abbau auf Raten. Die Immobili-

lien der Firma werden verkauft, und in Luzern sollen nur noch der Hauptsitz und ein Innovationszentrum mit 200 Mitarbeitenden bestehen bleiben. 100 Menschen verlieren ihren Job. Wegen der beabsichtigten Massenentlassung hat Schurter ein Konsultationsverfahren eingeleitet, über welches das Unternehmen voraussichtlich Ende März 2026 informieren wird.

Für Franco Basciani, Industriesekretär der Unia in der Zentralschweiz, ist der Stellenabbau ein Skandal: «Die Betriebskommission hat den Zugang zu den Geschäftszahlen eingefordert. Es ist gut möglich, dass der letzte grosse Industriebetrieb in der Stadt Luzern nur aufgrund der Finanzinteressen von Capvis und nicht aus wirtschaftlicher Notwendigkeit geschlossen wird.»

GIGANT IN DER ALTENPFLEGE

Auch in der Pflegebranche mischt der Finanzkonzern Capvis kräftig mit. 2019 übernahm er den Schweizer Pflegedienstleister Tertianum. Im vergangenen Dezember hat jetzt Tertianum wiederum Senevita geschluckt. Mit der Übernahme der Nummer zwei der Branche wird Tertianum mit 6400 Pflegebetten und 4300 altersgerechten Wohnungen zum mit Abstand grössten privaten Pflegeversorger der Schweiz. Die Wettbewerbskommission (Weko) sieht darin kein Problem. Auch wenn der Marktanteil um die Städte Zürich und Bern bis zu 30 Prozent betrage, sei der Wettbewerb gewährleistet, schreibt die Weko. Ob Pflegebetten zu einem Spekulationsobjekt werden sollten, ist jedoch eine andere Frage.



Laura und die tropische Tiefkühl- abteilung

In der letzten Zeit suche ich Gespräche über das Altern mit unterschiedlichen Menschen in diversen Lebensphasen. Das Thema beschäftigt mich. Weil ich mich physisch langsam verändere und ebenfalls grosse Veränderungen bei meinen Gspönli sehe. Google



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

sagt mir plump, dass das Altern in Schüben erfolge und ich in die beschleunigte Phase des Alterns reinsause. Die signifikanten molekularen Veränderungen finden um das 44. und 60. Lebensjahr statt. Ich befände mich am Anfang eines Prozesses des allmählichen Verlusts der «physiologischen Unversehrtheit», erklärt mir die Suchmaschine. Übersetzt auf meinen Körper heisst das: Plötzlich scheinen die Gänge doppelt so lang zu sein, die Kisten mit den Gipfeli dreimal schwerer und das Klima in der Tiefkühlabteilung auf einmal tropisch. Die Beine knackten noch lauter, der Schnuuf ist weg, und plötzlich sehe ich der kommenden Grippe-welle nicht mehr so unbeschwert entgegen wie noch vor ein paar Jahren.

UNGEDULD. Noch extremer nehme ich diesen Wandel bei meinen älteren Gspönli wahr. Dies kann sogar dazu führen, dass sie sich ausgeschlossen fühlen. Das Gehör wird schlechter, und Gespräche werden anstrengender. Die Sicht wird unscharf, und sie verpassen, was vor ihrer Nase passiert. Generell verändert sich die Aufmerksamkeit. Aber was mir vor allem auffällt: wie ungeduldig manche Menschen auf diese altersbedingten Einschränkungen reagieren. Es ist in unserer profitorientierten und hektischen Gesellschaft nicht vorgesehen, sich auf die Älteren einzulassen und das Tempo gegebenenfalls zu drosseln. Wer nicht mitrennt, ist draussen.

HALBZEIT. Eine Kollegin ist wegen dieser Hektik sogar ausgewandert. Hier herrsche der Stress, und der Mensch gehe vergessen, sagte sie mir zum Abschied. Eine andere Kollegin vom Verkauf sucht sich einen Job mit weniger Anforderungen, obwohl sie dafür eigentlich überqualifiziert ist. «Mein Körper verändert sich, ich bin müde von dem Rennen», erzählt sie mir. Je nach Branche, in der wir arbeiten, beschleunigt sich unser Alterungsprozess noch mehr. Darum verstehe ich die Diskussionen um eine Erhöhung des Rentenalters nicht. Wenn ich jetzt in der Halbzeit schon merke, dass ich mit meinem zwanzigjährigen Ich nicht mehr mithalten könnte, wie sieht das in zwanzig Jahren aus?

Das nicht mehr «Mithaltenkönnen», von dem habe ich Angst. Alle sagen zur Beruhigung das gleiche: «Da wirst du reinvachsen.» Ich hoffe, die Umgebung und mein Arbeitsumfeld auch.

Das sind die grossen Player der Schweizer Private-Equity Branche Die unbekannten Firmenhändler

Kapitalbeteiligungsgesellschaften kaufen Firmen zu einem möglichst tiefen Preis, zerlegen die Unternehmen und versuchen diese dann mit möglichst hohem Gewinn abzustossen.

IWAN SCHAUWECKER

Zwei der weltweit grössten Private-Equity-Firmen haben ihren Hauptsitz in der Schweiz: die Partners Group und die LGT Capital Partners der Fürstenfamilie von Liechtenstein. Die Partners Group aus Baar ZG verwaltete Ende 2025 Vermögen in der Höhe von 185 Milliarden Franken (das Doppelte des jährlichen Bundesbudgets) und machte einen Reingewinn von 1,3 Milliar-

den Franken. Mitgründer und Milliardär Alfred Gantner ist auch politisch aktiv, als Türöffner zu US-Präsident Donald Trump und Miturheber der EU-feindlichen Kompass-Initiative. 2025 übernahm die Partners Group neben Immobilienportfolios auch elf klimaschädliche Gaskraftwerke in Kalifornien und deren Betreiber-gesellschaft. Kostenpunkt: 2,2 Milliarden US-Dollar. Die Partners Group will so auch mit mobilen Gaskraftwerken, die für Datacenter oder für Katastrophengebiete eingesetzt werden, Profite machen.

LGT VERWALTET 100 MILLIARDEN

Etwas nachhaltiger gibt sich die LGT Capital Partners mit Sitz in



MITGRÜNDER DER PARTNERS GROUP: Milliardär Alfred Gantner. FOTO: KEYSTONE

Pfäffikon SZ: sie verspricht auch Investitionen in ökologisch und sozial verantwortliche Firmen. Die Firma, die im Besitz der Fürstenfamilie von Liechtenstein ist, verwaltet 100 Milliarden US-Dollar und investiert über Fonds in Hunderte Unternehmen weltweit, ins-

besondere in Energie-, Tech- und Industrieunternehmen.

SO TICKT CAPVIS

Capvis ist deutlich kleiner, mit einem verwalteten Vermögen von etwa 3 Milliarden Franken. Die Firma mit Sitz in Baar ZG ist in den 1990er Jahren aus einem Fonds der Schweizerischen Bankgesellschaft entstanden und fokussiert auf Industriebetriebe im deutschsprachigen Raum und Pflegeheime in der Schweiz. Früher war Capvis auch an Stadler Rail beteiligt. Weil die Firma mehrheitlich im Besitz der Partner und Manager ist und nicht an der Börse gehandelt wird, muss sie ihre Geschäftszahlen nicht offenlegen.

SAH-Jubiläum 90 Jahre Solidarität

1936 gründeten Gewerkschaften und SP das Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Ein feministisches, linkes und progressives Projekt, das im Kalten Krieg ins Visier der Eidgenossenschaft geriet.

DARIJA KNEZEVIC

Die 1930er Jahre waren geprägt durch die Weltwirtschaftskrise und die Ausbreitung des Faschismus. Die Arbeitslosigkeit war hoch, die prekären Lebensumstände ebenso. Deshalb gründeten der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei 1936 das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH), als Zusammenschluss verschiedener Arbeiterhilfswerke. Federführend war Regina Kägi-Fuchsmann,



HATTE DIE FÄDEN IN DER HAND: Regina Kägi-Fuchsmann. FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

die bis 1951 das SAH leitete. Sie war eine Feministin der ersten Stunde. Die Sekundarlehrerin baute in Schaffhausen eine Frauenzentrale auf und setzte sich für die Heimarbeiterinnen ein. Ihr Einsatz gegen Armut war immer verbunden mit der Forderung nach Gleichstellung: gegen tiefere Löhne, Doppelbelastung durch Job und Haushalt, fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder mangelnde Information über Unterstützungsangebote.

STAATLICHE ÜBERWACHUNG

Das SAH unterstützte Arbeiterfamilien, später auch Geflüchtete in der Schweiz, in Frankreich und in Spanien. Den ersten grossen internationalen Einsatz leistete das SAH während des Spanischen Bürgerkriegs ab 1936 durch die Aufnahme spanischer Kinder oder durch die Betreuung von Internierten in Südfrankreich. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte sich das SAH für den Wiederaufbau Europas, auch am Aufbau gewerkschaftlicher und politischer Strukturen. Das SAH gehörte zu den ersten Schweizer Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit. Im Unterschied zur westlich geprägten und zur Zeit des Kalten Krieges oft politisch motivierten Entwicklungshilfe setzte das SAH auf Solidarität und gleichberechtigte Partnerschaften. Was zur Folge hatte, dass der Schweizer Staat auch SAH-Mitarbeitende überwachte. Das SAH war in Burkina Faso, Südafrika, Rumänien oder in Nicaragua aktiv.

In den 1990er Jahren stieg die Arbeitslosigkeit in der Schweiz massiv an, was die soziale Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit grundlegend veränderte: Arbeitslosigkeit wurde nicht mehr als Problem einzelner wahrgenommen, sondern als kollektive Erfahrung. Das SAH reagierte mit dem Ausbau von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen für Erwerbslose.

Der Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurde zu einer eigenständigen Organisation: Solidar Suisse. Heute liegt der Fokus des SAH auf der sozialen und beruflichen Integration mit Bildungs-, Beratungs- und Beschäftigungsangeboten. Zehn selbständige Regionalvereine bilden das SAH-Netzwerk und sind mit rund 850 Mitarbeitenden in 18 Kantonen und 37 Städten der Schweiz tätig.

BERUFLICHE INTEGRATION

Zu Beginn der 2000er Jahre stand das SAH vor grossen finanziellen Problemen. Deshalb wurden 2005 die zentral geführten Regionalstellen in eigenständige Vereine übergeführt, um damit die Zusammenarbeit mit den kantonalen Auftraggebern zu verbessern. Der Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurde zu einer eigenständigen Organisation: Solidar Suisse.

Heute liegt der Fokus des SAH auf der sozialen und beruflichen Integration mit Bildungs-, Beratungs- und Beschäftigungsangeboten. Zehn selbständige Regionalvereine bilden das SAH-Netzwerk und sind mit rund 850 Mitarbeitenden in 18 Kantonen und 37 Städten der Schweiz tätig.

Der SAH feiert sein Jubiläum mit einer Broschüre: [rebrand.ly/sah-jubiläum](#)

Pflegefachmann siegt vor Bundesgericht gegen Versicherung Long Covid = Berufskrankheit

Beim Pflegen von Coronakranken haben sich auch viele Pflegende angesteckt. Ein Pflegefachmann, der noch heute mit den Folgen kämpft, hat sich jetzt vor Bundesgericht durchgesetzt: Die Unfallversicherung muss zahlen.

CHRISTIAN EGG

Es passierte am 11. April 2020, in der ersten Welle der Coronapandemie. A., ein Genfer Pflegefachmann in der Geriatrie, fühlte sich krank. Am nächsten Tag erhielt er das Testergebnis: Er hatte sich mit Covid angesteckt. Noch heute leidet er an den Langzeitfolgen, bekannt als Long Covid. Er kann deshalb nicht mehr in der Pflege arbeiten.

Jetzt hat er vor Bundesgericht recht bekommen: Die Bâloise-Versicherung muss ihm eine Invaliditätsrente auszahlen und die Be-

Er musste Menschen, die an Covid gestorben waren, in Leichensäcke einpacken.

handlungskosten für seine körperlichen Beschwerden übernehmen. Dies geht aus dem anonymisierten Urteil hervor, welches das Gericht kürzlich veröffentlicht hat.

17 TODESFÄLLE

A. war über das Spital, in dem er arbeitete, bei der Bâloise gegen Unfälle versichert. Diese Versicherung kommt auch zum Zug, wenn bei Mitarbeitenden eine Berufskrankheit auftritt. Und dies sei beim Pflegefachmann der Fall, urteilte jetzt das Gericht. Er hatte Coronakranke gepflegt, doch das Spital hatte zu diesem Zeitpunkt nicht genug Schutzkleidung und Masken. Wenige Tage bevor er krank wurde, musste er insgesamt 17 Menschen, die an Covid gestorben waren, in Leichensäcke einpacken.

Die Bâloise hatte ihm eine Rente verweigert. Unter anderem, weil nicht nachgewiesen sei, dass sich der Mann bei der Arbeit angesteckt habe. Doch das spiele keine Rolle, widerspricht jetzt das Bun-



WER ÜBERNIMMT BEI LONG-COVID-ERKRANKTEN DIE KOSTEN? Das Bundesgericht hat sich mit seinem neusten Urteil erneut auf die Seite der Pflegenden gestellt. FOTO: GETTY IMAGES

desgericht. Die Frage nach Ursache und Wirkung bei Long Covid als Berufskrankheit sei «vom Gesetzgeber bereits aufgrund arbeitsmedizinischer Erkenntnisse beantwortet» worden. Bei Arbeiten in einem Spital müsse, so die obersten Richterinnen und Richter, «die Vermutung einer Berufskrankheit gelten» (siehe Box rechts) Und im Fall von A. sei «kein einziger Beweis vorhan-

den», der diese Vermutung widerlegen würde.

EIN VORTEIL

Rechtlich gewehrt hatte sich der Pflegefachmann zusammen mit seiner Krankenkasse, der Helsana. Denn wenn Long Covid nicht als Berufskrankheit eingestuft wird, übernimmt die Krankenkasse die medizinischen Kosten. Patientin-

Die Krankheit: Viele Rätsel, einige Antworten

Die Krankheit Long Covid stellt die Medizin vor Rätsel und fordert das Gesundheitssystem heraus – doch es gibt auch Fortschritte. Ein kurzer Überblick:

BESCHWERDEN. Betroffene leiden an einer Palette von Symptomen, es gibt kein einheitliches Krankheitsbild. Einige Beschwerden sind aber häufig: Erschöpfung und geringe Belastbarkeit, Konzentrationsstörungen, Atemnot und Muskelschmerzen. Unklar ist das Ausmass: Die Schätzungen liegen zwischen 75 000 und 450 000 Betroffenen in der Schweiz.

UNTERSCHIEDE. Die Medizin kennt bisher verschiedene Prozesse im Körper, die bei Long Covid eine Rolle spielen: Überaktive Immunzellen greifen gesundes Gewebe an, Muskelzellen werden schlecht mit Energie versorgt, der Körper wird zurückgebliebene Coronaviren nicht los. Das Problem: Je nach Patientin und Patient ist dieser oder jener Prozess wichtiger. Deshalb gibt es heute nicht eine Behandlung, die allen hilft. Oft kommen Medikamente zum Einsatz, die gegen andere Krankheiten wirken. Jedes davon hilft aber nur einer Minderheit der Betroffenen.

STRATEGIE. Letztes Jahr gab das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, eine nationale Strategie auszuarbeiten mit dem Ziel, die medizinische Versorgung und die soziale Unterstützung von Betroffenen zu verbessern. Ebenso soll die Krankheit im Gesundheitswesen und in den Sozialversicherungen besser anerkannt werden. Mitte 2027 soll die Strategie stehen. (che)

nen und Patienten sind aber hergestellt, wenn eine Berufskrankheit festgestellt wird und somit die Unfallversicherung des Arbeitgebers zahlt – wie dies jetzt bei A. der Fall ist. Denn die Unfallversicherung übernimmt die Kosten bereits ab dem ersten Franken. Es gibt weder Franchise noch Selbstbehalt. Zudem zahlt sie bei Invalidität eine Rente.

Die Rechtslage: Bereits mehrere Urteile für die Pflegenden, aber...

Das Urteil zugunsten von Pflegefachmann A. ist bereits mindestens das fünfte des Bundesgerichts in Sachen Long Covid als Berufskrankheit. Es bestätigt: Eine Covid-Ansteckung und ein nachfolgendes Long

Long Covid gilt als Berufskrankheit, wenn Pflegenden mit Infizierten in Kontakt kamen.

Covid gelten dann als Berufskrankheit, wenn Pflegenden bei der Arbeit mit Infizierten in Kontakt kamen.

GRUNDSÄTZLICH. Rechtsgrundlage dafür sind zwei Listen, die der Bundesrat verabschiedet hat. Eine zählt schädliche Stoffe

auf, die andere Berufskrankheiten und Arbeiten, welche sie verursachen können. Und laut dieser zweiten Liste gelten ansteckende Krankheiten grundsätzlich als Berufskrankheiten bei «Arbeiten in Spitälern, Laboratorien, Versuchsanstalten und dergleichen» (die Liste findet man hier: [rebrand.ly/berufskrankheiten](#)).

Gestützt darauf urteilte das Bundesgericht bereits 2024 zugunsten einer Fachangestellten Gesundheit aus dem Kanton Aargau. Sie

hatte auf der neurologischen Abteilung Patientinnen und Patienten betreut, die positiv auf Corona getestet worden waren. Umgekehrt lehnte es das Bundesgericht in drei Fällen ab, Long Covid

als Berufskrankheit anzuerkennen: bei einer medizinischen Assistentin in einer gynäkologischen Praxis, einer Psychologin sowie einer Psychiaterin in einer Klinik. Alle drei hatten keine Covid-Infizierten betreut. Laut dem aktuellen Urteil kann also «nicht jegliche Tätigkeit in einem Spital, Labor oder Forschungsinstitut als gesundheitsgefährdend angesehen werden». (che)





Über Mieten, Löhne und Kriminalisierung So geht es den Sexarbeiterinnen

Die Fachstelle Xenia berät Menschen, die in der Sexarbeit im Kanton Bern tätig sind. Im Kaffeetalk mit work erzählt Christa Ammann, Leiterin der Fachstelle, wie es den Sexarbeiterinnen geht und warum ein Sexkaufverbot keine Lösung ist.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Über 70 Prozent der Sexarbeiterinnen und -arbeiter sind gegen ein Verbot von Sexkauf. Das hat die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bei einer Befragung festgestellt. Mit einem Verbot wäre es für Kundschaft illegal, Sex zu erwerben. Auch die Politik diskutiert ein solches Verbot immer wieder. work hat mit Christa Ammann von der Beratungsstelle Xenia darüber gesprochen, warum ein Verbot so gefährlich ist. Und wie es Sexarbeitenden in der Schweiz geht.

work: Frau Ammann, welche Fragen stellen Sexarbeiterinnen am häufigsten, wenn sie Xenia kontaktieren?

Christa Ammann: Häufige Einstiegsfragen sind: «Ich will im Kanton Bern arbeiten – wie komme ich zu einer Arbeitsbewilligung? Wo darf ich arbeiten? Wie ist es mit der Miete?

Mit Steuern? Mit Sozialversicherungen?» Aber auch Gesundheitsfragen kommen häufig vor, zum Beispiel: «Wie kann ich mich diskriminierungsfrei untersuchen lassen?» oder «Wo gibt es kostengünstige Testmöglichkeiten, wenn es um sexuelle Gesundheit geht?»

Warum brauchen Sexarbeiterinnen mehr Schutz?

Die Sexarbeit ist ein prekariisiertes Arbeitsfeld. Die Arbeit wird oft nicht akzeptiert, die Ablehnung ist gross, und das führt zu vielen Schwierigkeiten. Beispielsweise kann es heis-



«Wir positionieren uns klar gegen eine Kriminalisierung der Sexarbeit.»

CHRISTA AMMANN, XENIA

sen: «Es findet statt, aber ich will nichts damit zu tun haben!»

Weshalb ist bei Sexarbeiterinnen die Prekarität ein so grosses Thema?

Da kommen verschiedene Faktoren zusammen. Das eine ist die gesellschaftliche Position und Unsichtbarkeit, die dazu führt, dass Abhängigkeiten entstehen. Auch ökonomischer Druck ist häufig ein Knackpunkt: Viele Personen entscheiden sich für die Sexarbeit, weil es ökonomisch die beste Option ist, die sie haben. Und nicht, weil es ihr Traumberuf ist.

Wie wichtig ist die Legalisierung, die wir in der Schweiz haben, für Sexarbeitende?

Wir positionieren uns klar gegen sämtliche Formen der Kriminalisierung von Sexarbeit – sowohl des Angebots als auch der Nachfrage. Gerade wenn es um die vermeintlich feministische Lösung geht, bei der die Kundschaft kriminalisiert werden soll, muss man klar sagen: Das bedeutet eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Sexarbeitende werden dadurch ins Dunkelfeld gedrängt, weil sie sonst keine Kundschaft mehr haben. Was das heisst, sehen wir in Schweden, wo Sexarbeit verboten ist. Niemand darf dort Sexarbeitenden Arbeitsräume zur Verfügung stellen. Zudem machen sich Taxifahrer strafbar, wenn sie sie zu einem Termin fahren. Das sind alles wichtige Sicherheitselemente. Kriminalisierung ist zudem oft mit Migrationspolitik verbunden. Das heisst: Ausländische Sexarbeitende bekommen keine Unterstützung bei

Xenia: Das bietet die Beratungsstelle

Xenia setzt sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen ein. Dafür bietet die Fachstelle Beratungen in rechtlichen Fragen an. Das kann Arbeits- und Mietrechtsfragen oder Lohnforderungen betreffen. Es geht zudem um gesundheitliche Themen und um jegliche Fragen rund um Diskriminierung und Stigmatisierung. (dak)

Anlaufstellen: Hilfe holen

Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen gibt es mittlerweile fast in der ganzen Schweiz. Unter diesem Link ist eine Karte mit allen Angeboten zu finden: rebrand.ly/Beratungsstelle-Sexarbeit. Zudem gibt es mehrere Kollektive, die sich für die Rechte der Sexarbeitenden einsetzen, darunter das nationale Kollektiv «sexworker collective». In der Schweiz wurde 2012 in Genf eine Gewerkschaft für Arbeitende im Sexgewerbe gegründet, diese ist heute aber nicht mehr aktiv. (dak)

einer beruflichen Neuorientierung, sondern werden abgeschoben. Das ist kein feministisches Programm.

Was fordert Xenia?

In erster Linie braucht es die Mitsprache von Sexarbeitenden, wenn es um politische und behördliche Entscheidungsprozesse geht. Es soll nicht über Sexarbeit gesprochen werden, sondern mit den Arbeiterinnen und Arbeitern. Zudem muss die gesellschaftliche und institutionelle Diskriminierung und Stigmatisierung beendet werden. Denn es reicht nicht, ein Recht zu haben – entscheidend ist auch der Zugang zu diesem Recht. Wichtig sind auch selbstbestimmte, transparente und faire Arbeitsbedingungen. Wenn es um behördliche Kontrollen geht, sollte der Fokus auf den Arbeitsbedingungen liegen und nicht primär auf ausländerrechtlichen Fragestellungen. Wie sind die Arbeitsbedingungen? Liegt allenfalls Ausbeutung vor? Wird das Weisungsrecht missachtet? Kein Betreiber darf einer Sexarbeiterin sagen: «Du musst diesen Kunden bedienen» oder «Du musst diese Dienstleistung anbieten.» Das muss die Person selber entscheiden können. Hier müssen die Behörden genauer hinschauen und aktiv werden, wenn grundlegende Rechte missachtet werden.

**Schwangerschaft
Am Ende
hat die
Vernunft
gesiegt**

Pro Jahr werden 500 Frauen ausgesteuert, die schwanger sind. Das hat für sie und ihre Familien existentielle Folgen: Sozialamt statt Mutterschaftsurlaub. Das soll sich bald ändern.

CLEMENS STUDER

Stellenlose Schwangere, die krank werden, verlieren nach 30 Tagen den Anspruch auf Arbeitslosenent-



IM FOKUS: Rechte wollten Schwangere aufs Sozialamt schicken. FOTO: CANVA

schädigung. Selbst wenn sie während Jahren ALV-Beiträge eingezahlt haben. Schlimmer noch: Sie können auch ausgesteuert werden und verlieren dann gleich noch den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung. Das betrifft jährlich rund 500 Frauen. Für viele bedeutet das: ab aufs Sozialamt. Dieses Ärgernis könnte mit minimalen Anpassungen am ALV-Gesetz

Der Protest der Gewerkschaften hat gewirkt, nur SVP und FDP waren geschlossen dagegen.

zu Kosten im tiefen Promillebereich beseitigt werden. Konkret: 0,12 Prozent der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, das sind 8 Millionen Franken von insgesamt 7 Milliarden Franken. 2024 nahm die ALV 1,4 Milliarden Franken mehr ein, als sie ausgeben musste.

Kein vernünftiger Mensch kann da dagegen sein. Die bürgerliche Mehrheit der ständerätlichen Sozialkommission schon. Sie sagte am 15. August mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung Nein zu einer entsprechenden Motion der Berner SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen (work berichtete: rebrand.ly/rechte-gnadenlos). Die dreiste Begründung der Kommissionsmehrheit im Wortlaut: «Die Kommission ist der Auffassung, dass das geltende Recht schwangerschaftsbedingte Arbeitsunterbrüche bereits ausreichend abdeckt und dass zudem die Möglichkeit besteht, branchen- oder unternehmensspezifische Lösungen zur Förderung der beruflichen Integration von Schwangeren umzusetzen.» Zusammengefasst: Ein Problem gibt's nicht. Und wenn doch, lösen das die Arbeitgeber schon.

PROTEST WIRKT. Die Gewerkschaften, Frauenorganisationen und fortschrittliche Parteien protestierten. Und im Plenum des Ständerates kamen dann einige Bürgerliche doch noch zur Vernunft, und so kam es im September zu einer Ja-Mehrheit. In dieser Session hat jetzt auch der Nationalrat zugestimmt. Gegen den geschlossenen Widerstand der Fraktionen von SVP und FDP. Das Dossier geht nun zurück an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates. Die Gewerkschaften werden ihr genau auf die Finger schauen.



Symbol: Der rote Schirm

Das Symbol der Sexarbeiterinnen ist der rote Regenschirm. Dieser symbolisiert Schutz, Anerkennung und Entstigmatisierung der Arbeit.

KUNST. Der rote Schirm wurde erstmals bei der Kunstbiennale in Venedig 2001 in Verbindung mit Sexarbeit gebracht. Der slowenische Künstler Tadej Pogačar stellte gemeinsam mit Lucciole, einer Organisation für Sexarbeitende, eine Kunstinstallation auf die Beine. Seither haben sich viele Arbeiterinnen weltweit organisiert, und an Protesten und Demonstrationen tauchen immer wieder die roten Schirme auf. (dak)

Flatter-AKW Gösgen: Sicherheitslücke Jahrzehnte ignoriert

A propos «stabile Bandenergie»

Seit zehn Monaten steht das AKW Gösgen still. Wegen eines Defekts, der seit Jahrzehnten bekannt ist, aber der breiten Öffentlichkeit verschwiegen wurde. Das kommt die Steuerzahlenden teuer zu stehen. Und das ist peinlich für die AKW-Fans.

CLEMENS STUDER
Im Mai 2025 wird das Kraftwerk Gösgen für die planmässige Revision heruntergefahren. Zurück am Netz ist es bis jetzt nicht. Die Schweizer Nuklearsicherheitsbehörde ENSI entdeckt eine Schwachstelle im Speisewassersystem: defekte Rückschlagklappen, die bei einem Störfall Druckstösse auslösen, Rohrleitungen überlasten und die Kühlung lahmlegen könnten. Die Folge im schlimmsten Fall: Kernschmelze. Wie in Fukushima. Der Mangel besteht seit Inbetriebnahme 1979. Im AKW Beznau wurde dasselbe Problem bereits in den 1990er Jahren behoben. In Gösgen nicht. Die Atomaufsicht ENSI erwähnte zwar die Schwachstelle in Berichten wiederholt, verlangte aber keine Behebung, sondern genehmigte 2003 eine Ausweichlösung – und schaute danach offenbar 22 Jahre weg. Noch im Jahr 2024 wiederholte das ENSI sein Mantra, alle Schweizer AKW seien sicher.

TEURE SACHE
Der längste Stillstand in der Geschichte des Kraftwerks kommt teuer. Alpiq beziffert den Ertragsausfall – also den entgangenen finanziellen Nettoertrag – auf 149 Millionen Franken. Insgesamt kostet der Produktionsausfall – gemeint ist der Marktwert der nicht produzierten elektrischen Energie – die Eigentüme-



PLAKATIVE GREENPEACE-AKTION: Am Kühlturm des AKW Gösgen weisen Projektionen auf die Sicherheitsmängel der Anlage hin. FOTO: KEYSTONE

rinnen (Axpo, Alpiq, CKW und die städtischen Elektrizitätswerke Zürich und Bern) rund eine halbe Milliarde Franken. Auch den Standortkanton Solothurn trifft es direkt: bis zu 7 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen, dazu rund 3 Millionen Franken an entgangenen Wassergebühren, weil da nichts mehr zu kühlen war. Das sagte der Regierungsrat auf Parlamentsanfragen. Sonst wisse er nichts, und sowieso seien da andere zuständig.

PEINLICHE SACHE
Fast 6 Terawattstunden Strom fielen mit dem AKW Gösgen aus. Auch in den Wintermonaten. Würde es dunkel im Land? Nein. Der massive Ausbau der Solarenergie in den letzten Jahren hat den Ausfall

kompensiert. Die Schweiz importiert im Winter 2025/26 nicht mehr Strom als vier Jahre zuvor. Eindrücklicher kann die Mär von der «sicheren, sauberen, zuverlässigen Bandenergie» aus AKW nicht widerlegt werden.

ROTER FADEN
Ende Januar 2026 projizieren Greenpeace-Aktivistinnen und -Aktivisten einen Totenkopf und die Worte «Sicher? Nicht!» auf den Kühlturm. In diesem Monat legten sie einen 42 Kilometer langen roten Faden in einem 5-Kilometer-Umkreis um das AKW, darin ganz oder teilweise auch die Städte Olten und Aarau. Eine stumme Mahnung, wie viel dichtbesiedeltes Gebiet bei einem Unfall verloren ginge.

Solar- und Windstrom: Früher unbedeutend, heute unentbehrlich

Beeindruckende technologische und ökonomische Entwicklung

Die Produktion von Solar- und Windenergie hat sich seit den späten 1970er Jahren grundlegend verändert. Technologische Fortschritte, industrielle Massenfertigung und sinkende Kosten führten besonders bei Photovoltaik und Windkraft zu starkem Wachstum.

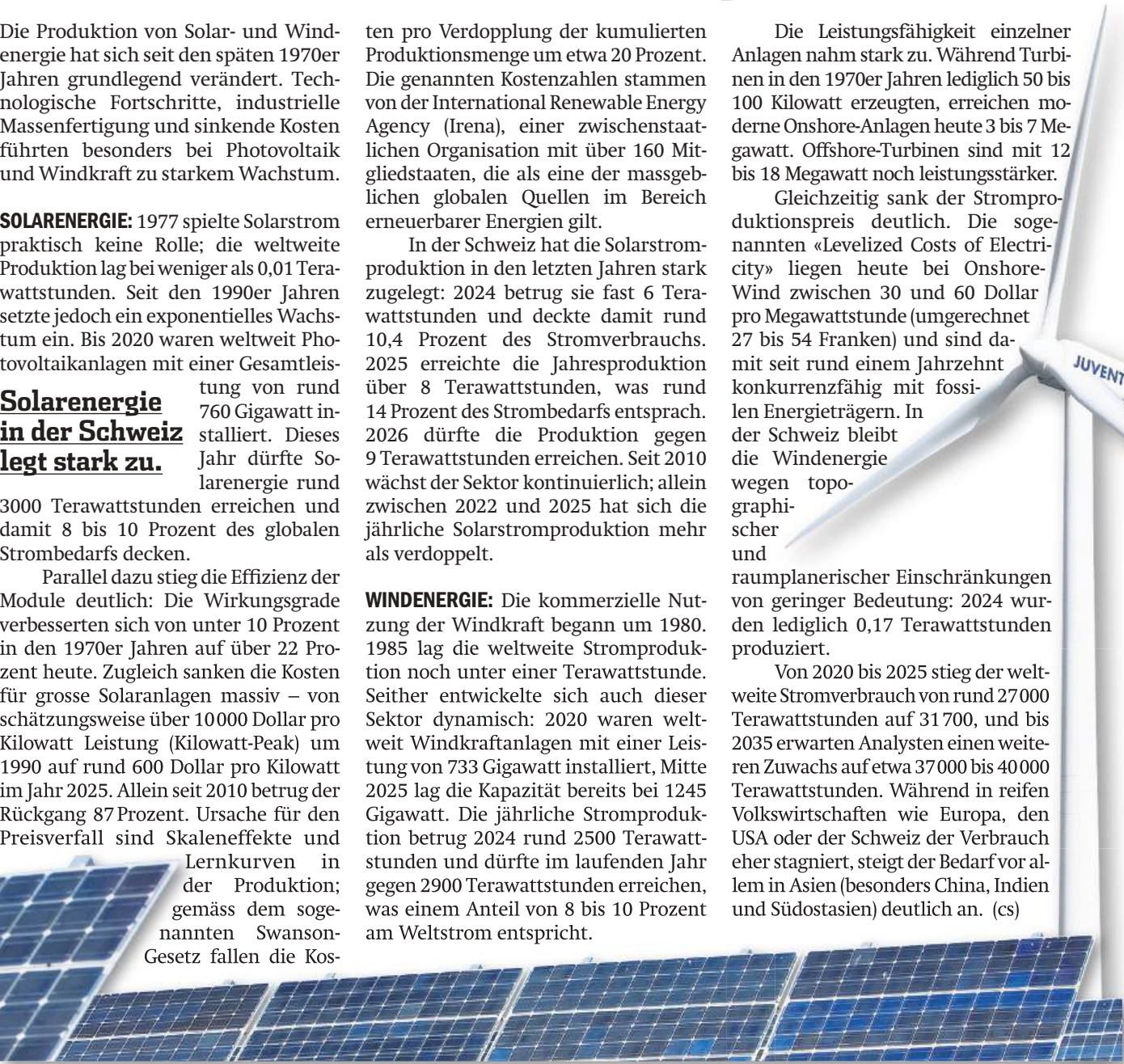
SOLARENERGIE: 1977 spielte Solarstrom praktisch keine Rolle; die weltweite Produktion lag bei weniger als 0,01 Terawattstunden. Seit den 1990er Jahren setzte jedoch ein exponentielles Wachstum ein. Bis 2020 waren weltweit Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 760 Gigawatt installiert. Dieses Jahr dürfte Solarenergie rund 3000 Terawattstunden erreichen und damit 8 bis 10 Prozent des globalen Strombedarfs decken.

Parallel dazu stieg die Effizienz der Module deutlich: Die Wirkungsgrade verbesserten sich von unter 10 Prozent in den 1970er Jahren auf über 22 Prozent heute. Zugleich sanken die Kosten für grosse Solaranlagen massiv – von schätzungsweise über 10000 Dollar pro Kilowatt Leistung (Kilowatt-Peak) im 1990 auf rund 600 Dollar pro Kilowatt im Jahr 2025. Allein seit 2010 betrug der Rückgang 87 Prozent. Ursache für den Preisverfall sind Skaleneffekte und Lernkurven in der Produktion; gemäss dem sogenannten Swanson-Gesetz fallen die Kos-

ten pro Verdopplung der kumulierten Produktionsmenge um etwa 20 Prozent. Die genannten Kostenzahlen stammen von der International Renewable Energy Agency (Irena), einer zwischenstaatlichen Organisation mit über 160 Mitgliedstaaten, die als eine der massgeblichen globalen Quellen im Bereich erneuerbarer Energien gilt. In der Schweiz hat die Solarstromproduktion in den letzten Jahren stark zugelegt: 2024 betrug sie fast 6 Terawattstunden und deckte damit rund 10,4 Prozent des Stromverbrauchs. 2025 erreichte die Jahresproduktion über 8 Terawattstunden, was rund 14 Prozent des Strombedarfs entsprach. 2026 dürfte die Produktion gegen 9 Terawattstunden erreichen. Seit 2010 wächst der Sektor kontinuierlich; allein zwischen 2022 und 2025 hat sich die jährliche Solarstromproduktion mehr als verdoppelt.

WINDENERGIE: Die kommerzielle Nutzung der Windkraft begann um 1980. 1985 lag die weltweite Stromproduktion noch unter einer Terawattstunde. Seither entwickelte sich auch dieser Sektor dynamisch: 2020 waren weltweit Windkraftanlagen mit einer Leistung von 733 Gigawatt installiert. Mitte 2025 lag die Kapazität bereits bei 1245 Gigawatt. Die jährliche Stromproduktion betrug 2024 rund 2500 Terawattstunden und dürfte im laufenden Jahr gegen 2900 Terawattstunden erreichen, was einem Anteil von 8 bis 10 Prozent am Weltstrom entspricht.

Die Leistungsfähigkeit einzelner Anlagen nahm stark zu. Während Turbinen in den 1970er Jahren lediglich 50 bis 100 Kilowatt erzeugten, erreichen moderne Onshore-Anlagen heute 3 bis 7 Megawatt. Offshore-Turbinen sind mit 12 bis 18 Megawatt noch leistungstärker. Gleichzeitig sank der Stromproduktionspreis deutlich. Die sogenannten «Levelized Costs of Electricity» liegen heute bei Onshore-Wind zwischen 30 und 60 Dollar pro Megawattstunde (umgerechnet 27 bis 54 Franken) und sind damit seit rund einem Jahrzehnt konkurrenzfähig mit fossilen Energieträgern. In der Schweiz bleibt die Windenergie wegen topographischer und raumplanerischer Einschränkungen von geringer Bedeutung: 2024 wurden lediglich 0,17 Terawattstunden produziert. Von 2020 bis 2025 stieg der weltweite Stromverbrauch von rund 27000 Terawattstunden auf 31700, und bis 2035 erwarten Analysten einen weiteren Zuwachs auf etwa 37000 bis 40000 Terawattstunden. Während in reifen Volkswirtschaften wie Europa, den USA oder der Schweiz der Verbrauch eher stagniert, steigt der Bedarf vor allem in Asien (besonders China, Indien und Südostasien) deutlich an. (cs)



Am Fukushima-Jahrestag: 26 zu 12 für «Team verstrahlt»

Ständerat will neue AKW. Warum eigentlich?

Auf den Tag genau 15 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima will die Mehrheit des Ständerates neue Schweizer AKW. Das ist ein ökonomisch wie ökologisch unsinniger Entscheid. Und trotzdem mehr als ideologische Symbolpolitik.

CLEMENS STUDER
Kein Stromkonzern will ein AKW bauen. Kein Versicherungskonzern will die Folgen einer Atomkatastrophe richtig abdecken. Kein Grosskapitalgeber will das finanzieren. Die in den vergangenen Jahren weltweit in Betrieb genommenen AKW entsprechen einem Jahrzehnte alten technologischen Konzept. Die ebenfalls seit Jahren angeblich kurz bevorstehenden «neuen Generationen» sind und bleiben trotz Milliardensubventionen Phantasie. Eine Lösung, wie die während Hunderttausenden von Jahren lebensgefährlich strahlenden Atomabfälle «endgelagert» werden können, steht ebenfalls seit Jahrzehnten «kurz bevor». Und das Schweizer Volk hat 2017 deutlich Ja gesagt zum schrittweisen Atomausstieg. Unter sämtlichen vernünftigen technologischen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen ist die Atom-Messe also gelesen. Oder wäre es zumindest.

Denn ein Initiativkomitee von Jung- bis Ganzalt-FDPlern, einem Halb-Milliardär, ergänzt mit ein bisschen SVP und dekoriert mit Mitte-Vertretern und einem Tessiner Legisten, hat die sogenannte «Blackout»-Initiative lanciert. Sogar ein SP-Mitglied ist dabei: Eduard Kiener, der von 1977 bis 2001 als glühender Atomanhänger als Direktor des Bundesamtes für Energie wirken konnte. Bis heute redet er die neuen, erneuerbaren Energien schlecht. Wie er es schon vor einem halben Jahrhundert tat. Heute noch kontrafaktischer als damals.

Natürlich geht es um Geld. Um viel Geld für die Schweizer Energiekonzerne.

RÖSTI-TRUPPE
Als organisatorische Initiativen-Trägerschaft fungiert der Energieclub Schweiz. Der 2018 gegründete Club hat nach eigenen Angaben über 450 Mitglieder. Bei der Gründung und bis zu seiner Wahl in den Bundesrat dabei war Albert Rösti (SVP). Und das nicht einfach so. Denn Rösti war vor seiner Regierungszeit ein bezahlter Atomlobbyist. Er präsidierte auch die AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik), einen anderen von der Atomlobby gesponserten AKW-Fanclub. Die AVES löste sich im November 2018 nach dem Ausstiegentscheid des Volks als nationaler Verband auf. Acht der AVES-Regionalgruppen machten ohne nationalen Verband weiter, eine Handvoll löste sich auf, andere machten nachlos als Kantonalsektion des Energieclubs weiter.

ATOM-U-BOOT IM BUNDES RAT
Ende August 2022 lancierte der Energieclub seine Initiative. Und im Dezember des gleichen Jahres wurde Atomlobbyist Albert Rösti in den Bundesrat gewählt. Während die Unterschriftensammlung harzte und die Initiative nur mit extrem viel Geld (bis 8 Franken pro Unterschrift) dank professionellen Unterschriftensammlern über die Ziellinie gebracht wurde, kam Atom-U-Boot Albert Rösti im Bundesrat besser voran. Als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) liess er umgehend eine Gesetzesrevision entwerfen, die der Initiative entspricht. Sein Trick war diesmal nicht eine Verordnung, um ein Gesetz auszuhebeln (wie er es etwa beim Tierschutz gemacht hatte), sondern mit einem Gesetz eine Initiative umzusetzen, über die nicht abgestimmt wurde und die nur mit Mühe zustande gekommen war.

EIN «GEGENVORSCHLAG», DER KEINER IST
Üblicherweise greifen Regierung und Parlamentsmehrheit zu einem direkten oder indirekten Gegenvorschlag, um einer beliebten und tendenziell erfolg-



DER GRINSENDE ATOMFAN: SVP-Bundesrat und Ex-AKW-Lobbyist Albert Rösti propagiert fleissig den Bau neuer Atomkraftwerke. Nicht lachen kann das japanische Ehepaar Yuzo und Yuko Mihara, das im Umkreis des AKW in Fukushima gelebt hatte und wie rund 150 000 andere Atomflüchtlinge 2011 ihr Zuhause verloren hat. FOTOS: KEYSTONE

versprechenden Volksinitiative den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gegenvorschläge kommen den Initianten mehr oder weniger entgegen in der Hoffnung, diese zu einem Rückzug ihrer Initiative zu bewegen. Oder um eine Volksinitiative in der Abstimmung zu bekämpfen. So geschah es etwa am 8. März mit der Bargeldinitiative.

Doch Rösti machte etwas anderes: Er schrieb die Initiativforderung quasi 1 : 1 in eine Gesetzesrevision und erfüllte die Forderung der Initiative vor der Volksabstimmung. Der Vorteil für die Atomlobby: Das geht schneller, als eine Initiative zur Abstimmung zu bringen. Und damit das Volk darüber entscheiden kann, müssen die Gegnerinnen und Gegner zuerst Unterschriften für ein Referendum sammeln. Das bindet Ressourcen.

WARUM DAS ALLES?
Strom aus AKW ist teuer, seine Produktion potentiell lebensgefährlich, den Rohstoff gibt's nur aus dem Ausland, technologisch geht seit Jahrzehnten quasi nichts mehr vorwärts. Und kein privater Investor würde in ein neues AKW investieren ohne massive Subventionen. Warum also diese Hartnäckigkeit?

Natürlich geht es um Geld. Um viel Geld. Das traditionelle Geschäftsmodell der Schweizer Energiekonzerne basiert auf Grosskraftwerken. Mit Gestehungskosten zwischen vier und sechs Rappen pro Kilowattstunde aus den laufenden alten und uralten Schweizer Atomreaktoren winken enorme Profite. Eine dezentrale Energiewende bedroht dieses zentralisierte Geschäftsmodell fundamental. Der zentrale Punkt: Wenn staatliche Mittel etwa aus dem Netzzuschlagsfonds für einen – wenn auch illusorischen – AKW-Neubau umgeleitet werden, stehen sie nicht mehr für die Förderung der kostengünstigen erneuerbaren Energien zur Verfügung: Jeder Franken, der in Richtung Atomkraft fliessen, fehlt den Erneuerbaren. Die wirtschaftli-

chen Interessen bestehen also aktuell weniger in einem konkreten Neubauprojekt (das traut sich derzeit finanziell niemand zu), sondern darin, bestehende Machtstrukturen der grossen Energiekonzerne zu schützen und die längst laufende Transformation in Richtung dezentralisierter, nachhaltiger Stromproduktion zu bremsen. Denn für die Risiken der AKW haftet am Ende der Staat. Die Profite bleiben den Firmen. Da fallen die Lobbyausgaben für rechte Parteien, Atomfanclubs und Wirtschaftsverbände nicht wirklich ins Gewicht.

REFERENDUM SICHER
Letzte Woche zeigte sich im Ständerat einmal mehr klar, dass sich zwar Investitionen in neue AKW nicht lohnen, in verstrahlte Politikerinnen und Politiker aber durchaus. Der Ständerat stimmte denn wenig überraschend dem sogenannten Gegenvorschlag auch zu mit 26 zu 12 Stimmen.

Erstauslich war am ehesten, wie offen die Atomvertreter und auch Bundesrat Albert Rösti neuen AKW und vor allem der Subventionierung solcher Meiler offen das Wort redeten. Das angebliche Ziel der «vernünftigen Technologie-Offenheit, gegen die doch niemand etwas haben kann», ist und war nicht mehr als eine Auffahrtrampe, um den Volksentscheid gegen neue AKW zu kippen. Darum lehnte die Ständeratsmehrheit selbst bürgerliche Änderungsanträge ab, die Subventionen zumindest begrenzen wollten oder festschreiben, dass tatsächlich nur die seit Jahrzehnten versprochenen «sauberen Nuklearanlagen der neuen Generation» zum Zuge kommen.

Wie geht es weiter? Es ist zu erwarten, dass der Nationalrat dem Ständerat folgen wird. Auch dort haben die Atomparteien SVP und FDP fast eine Mehrheit, und mindestens ein Teil der Mitte wird sich auch verabschieden wollen vom Erbe ihrer ehemaligen Bundesrätin Doris Leuthard. Grüne, SP und Umweltverbände haben das Referendum bereits angekündigt.

Trauriges Jubiläum: 15 Jahre Katastrophe von Fukushima

Am 11. März 2011 löste ein Seebeben der Stärke 9 vor der japanischen Küste einen Tsunami aus, dessen bis zu 14 Meter hohe Wellen das AKW Fukushima Daiichi trafen. Die Flutwelle legte die Kühlsysteme lahm. In drei von sechs Reaktorblöcken kam es zur Kernschmelze, Wasserstoffexplosionen zerstörten die Gebäude. Grosse Mengen Radioaktivität wurden freigesetzt. Zwar «nur» rund ein Fünftel von Tschernobyl, aber in einem der dichtestbesiedelten und industrialisiertesten Länder der Welt. Rund 150 000 Menschen mussten evakuiert werden. Viele sind bis heute nicht zurückgekehrt. Auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde Fukushima in die höchste Stufe 7 eingestuft – wie zuvor nur Tschernobyl im Jahr 1986.

JAHRZEHNTE. Die Folgen der Katastrophe prägen die Region bis heute. Die Aufräumarbeiten in Fukushima werden noch Jahrzehnte dauern. Im Oktober 2024 wurde erstmals ein Kernschmelzfragment geborgen. Nach 13 Jahren eine reiskorngrosse Probe. Die zweite Bergung startete im April 2025 unter Einsatz eines ferngesteuerten Teleskop-Arms. Für Block 3 schätzt die Betreiberfirma Tepco eine Planungszeit von 12 bis 15 Jahren, bevor überhaupt mit der Entfernung des geschmolzenen Kernmaterials begonnen werden kann.

VERSEUCHT. Das verseuchte Kühlwasser wird seit 2023 in den Pazifik eingeleitet. Fischerinnen und Anwohner protestieren. Wohn die Millionen Tonnen verseuchter Erde kommen sollen, ist weiter ungelöst. Bis 2045 muss die Erde per Gesetz aus dem Zwischenlager entfernt und endgelagert werden. Doch ein Standort dafür ist bis heute noch nicht einmal in Sicht. (cs)

Atomkraft: Nur dank staatlichen Milliarden

Die Atomfans schimpfen sehr gerne über «Subventionen» für Solarenergie oder Gebäudesanierungen. Wovon sie schweigen: Das Atomgeschäft funktioniert nur, weil der Staat im Katastrophenfall einspringt. Denn das Risiko ihrer potentiell lebensgefährlichen Technologie tragen nicht Axpo & Co., sondern wir. Ein Bundesratsbericht beziffert die möglichen Schäden eines schweren Atomunfalls in der Schweiz auf 80 bis 8000 Milliarden Franken. Eine Spannweite, die vor allem eines

Atomstrom wäre ohne staatliche Absicherung massiv teurer.

zeigt: Niemand kann seriös abschätzen, wie teuer ein Super-GAU tatsächlich würde. Sicher ist nur die Dimension: verheerend.

Zum Vergleich: Die Atomkatastrophe von Fukushima kostete Japan laut Regierungsschätzungen bis heute bereits rund 150 Milliarden Franken. Und die Rechnung ist noch längst nicht saldiert. In der dichtbesiedelten Schweiz, wo zwischen AKW und Städten oft nur wenige Kilometer liegen, dürften die Folgen noch gravierender ausfallen.

NUR EIN BRUCHTEIL VERSICHERT. Die Betreiber müssen eine Haftpflichtdeckung von 1,2 Milliarden Euro vorweisen. Weitere 300 Millionen Euro kommen aus internationalen Abkommen hinzu. Zusammen sind das gerade mal rund 1,5 Milliarden Euro. Die Haftungssummen sind tatsächlich in Euro ausgewiesen, denn die Schweiz ist Vertragsstaat des Pariser Atomhaftungsübereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens. Diese Abkommen harmonisieren die Haftpflichtregeln zwischen den Vertragsstaaten und definieren die Haftungssummen einheitlich in Euro. Übrigens: Seit die Schweiz die Abkommen 2009 ratifiziert hat, ist der Euro-Franken-Kurs von rund 1.50 Franken pro Franken auf aktuell rund 90 Rappen gesunken.

UNBESCHRÄNKT BESCHRÄNKT. Zwar hatten die Betreiber rechtlich unbegrenzt. Praktisch nützt das wenig, wenn die Mittel fehlen. Der Energiekonzern Axpo verfügt über rund 13 Milliarden Franken Eigenkapital, Alpiq über gut 4 Milliarden. Selbst zusammen reicht das nicht annähernd, um für die Kosten eines schweren Unfalls aufzukommen.



NUKLEARE GEFAHR: Ein Super-GAU wäre verheerend. FOTO: ADOBE STOCK

Unbeschränkte Haftung heisst eben nicht unbeschränkte Zahlungsfähigkeit. Das Bundesamt für Energie hält dazu lapidar fest: Risiken, die privat nicht versicherbar sind, trägt der Bund. Reichen die Mittel der Betreiber nicht aus, kann die Politik zusätzliche Entschädigungen beschliessen. Im Klartext: Wenn es richtig teuer wird, kommen wir alle an die Kasse.

Diese staatliche Absicherung ist eine gigantische Gratisgarantie. Atomstrom auch aus bestehenden Werken wäre massiv teurer, müssten ihre Risiken vollständig privat versichert werden. Doch genau das ist sowieso nicht möglich: denn Nuklearrisiken gelten in der Branche als praktisch nicht versicherbar. (cs)

Strasse von Hormus Putin gewinnt den Irankrieg

Der Überfall auf Iran könnte sich zur grossen Energie- und Wirtschaftskrise auswachsen.

OLIVER FAHRNI
Kriege, spottete dieser Tage ein US-Komiker, seien Amerikas Geographieunterricht. Jetzt erfährt das dortige Publikum erstaunt, dass Iran am Persischen Golf liegt und dass rund 20 Prozent des globalen Öls durch dessen südliche Meerenge, die Strasse von Hormus, geschippert wird. Die hat Iran nun weitgehend zugemacht.
Das war vorauszusehen. Nun steigen die Preise an den Zapfsäulen und von Gütern, die transportiert werden müssen. Energieintensive Industrien



PUTIN PROFITIERT: Mit freundlicher Unterstützung von Donald Trump. FOTO: KEY

(Stahl, Chemie usw.) schreien Alarm. BASF entlässt schon mal 2600 Arbeitende, Sri Lanka führt die 4-Tage-Woche ein, Grossbritanniens Gasreserven reichen nur noch für zwei Tage. Eine Rezession ist angesagt.
Vorübergehend etwas Linderung brachte der Verkauf von Ölreserven durch Regierungen und Konzerne (etwa die saudische Aramco, die zugleich vor einer «Katastrophe» warnt). Doch auch diesmal lassen Krisengewinn-

**So ist das mit Kriegen:
Sie legen oft verschüttete
Zusammenhänge offen.**

ner die Champagnerkorken knallen. Shell, Exxon, Chevron zuvorderst. Ihre Börsenkurse schnellten auf Rekordhöhe. Erwartbar.
Schon erstaunlicher: Russland. Wladimir Putin liefert Teheran Aufklärung über US-Truppen und ihre Strategie. Potentiell tödlich. Doch Donald Trump belohnte ihn mit der Aussetzung der Sanktionen. Russland darf sein Öl und Gas wieder ungehindert verkaufen. Die Manna kommt Putin im Ukrainekrieg gerade recht.

PETRODOLLAR, PETROYUAN
So ist das mit Kriegen: Sie legen oft verschüttete Zusammenhänge offen. Blenden wir kurz zurück. 1973 machten die USA einen entscheidenden Deal mit Saudiarabien: US-Truppen garantierten die Sicherheit der Saudis, umgekehrt verkauften die Scheiche ihr Öl, das Blut der Weltwirtschaft, nur noch gegen Dollar. Mit den Dollar erwarben sie wiederum US-Schuldenpapiere. Dieses Konstrukt «Petrodollar» sicherte die US-Weltherrschaft: Alle brauchten Öl, und dafür mussten sie zuerst Dollar kaufen. Resultat: Die USA sind die einzige Ökonomie, die einen steten Zufluss von Geld hat, obschon sie sehr viel mehr konsumiert, als sie produziert. Die also höchstverschuldet auf Pump ihre technische Überlegenheit finanziert (siehe KI Seite 6) und eine riesige Kriegsmaschinerie, mit 800 Militärbasen weltweit. So viel zum Trumpschen Dauerjammer, die «ungerechte» Welt profitiere von den USA.

Da mittenrein hatte Iran wenige Wochen vor dem US-Überfall eine Bombe platzen lassen: Iranisches Öl kann künftig mit chinesischen Yuan bezahlt werden. Schiffsladungen, die mit diesen Petroyuan erworben wurden, kommen nun unbelästigt durch das Nadelöhr von Hormus.

Israel und die USA eskalieren den Krieg im Nahen Osten Iran zu seinem Glück bombardieren?

**Bombardierungen haben
das Regime in Teheran
bisher nicht gebrochen. Das
hätte man eigentlich wissen
müssen.**

OLIVER FAHRNI
Im work-Interview hatte die Iran-Spezialistin Fariba Adelhah Mitte Januar gewarnt: «Versuchen die USA oder das Gespann Netanjahu-Trump eine erneute Intervention, setzen sie die ganze Region in Brand.»
Das war klarsichtig. Der israelisch-amerikanische Krieg gegen Iran hat bereits 16 Länder erfasst. Und US-Präsident Donald Trump tut gerade alles, um den Brand auszuweiten: Mit Drohungen sucht er Europa in den Krieg zu zwingen.
Während die iranische und die libanesisische Bevölkerung ein Dauerbombardement erleiden, schnuppern in Dubai ein paar jammernde Steuerflüchtige und Influencer am wirklichen Krieg. Um die Strasse von Hormuz hat die Seeschlacht begonnen, Saudiarabien, die Vereinigten Emirate, Bahrain, Katar mittendrin. Israel hat bereits ein Viertel der libanesischen Bevölkerung zur Flucht gezwungen. Es will weitere Gebiete aus Libanon und aus Syrien schneiden. Derweil finden türkische Militärs, ihre Grenzen, 1923 bei der Konferenz von Lausanne gezogen, seien gar eng. Der Krieg wäre eine Opportunität, um die Kurdengebiete im Nordirak zu besetzen. Und dies alles vor dem Hintergrund der laufenden Vernichtung des palästinensischen Volkes in Gaza und im Westjordanland.

**Der Krieg
musste her,
sofort. Vor
allem für Israel.**

«ILLEGALER, GEFÄHRLICHER KRIEG»
Europa gleitet langsam in diesen Konflikt hinein, nur der sozialistische spanische Regierungschef Pedro Sánchez verweigert sich konstant. Dafür hat das US-Regime Spanien mit einem Handelsboykott bestraft. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron stellte den US-Bombern die Basis Istres bei Marseille zur Verfügung. Zwar nannte der frühere französische Regierungschef Dominique de Villepin diesen Krieg «illegal, illegitim, ineffizient und gefährlich». Doch Macron verlegte einen Flugzeugträger und 20 Kriegsschiffe ins östliche Mittelmeer, «rein defensiv», wie er sagte. Vorläufig. Er weiss: Trumps Ansinnen, den Persischen Golf für die Öltanker freizuschliessen, birgt verheerende Risiken.

AUSSICHTSLOSE AGGRESSION
In den ersten drei Tagen des Krieges hat die US-Regierung fünfmal die Begründung für ihre Aggression geändert. Darunter so wirre Behauptungen wie eine unmittelbar bevorstehende Attacke Irans auf die USA. Es verhielt sich umgekehrt: Unter der Vermittlung Omans hatten die Iraner den USA im Februar so viele Zugeständnisse gemacht, dass ein Friedensvertrag unausweichlich schien. Der Krieg musste her, sofort. Vor al-

Position der Unia: Nicht mit uns!

Doch, man kann die brutale Repression der Proteste der sozial gepeinigten Iranerinnen und Iraner durch das Regime hassen und gleichzeitig den illegalen israelisch-amerikanischen Krieg gegen Iran. Genau dies tut die Unia, die grösste Gewerkschaft der Schweiz.

FORDERUNGEN. Die Unia fordert einen Waffenstillstand, den Schutz der Zivilistinnen, ein Ende der Waffenexporte und die tatkräftige Solidarität mit der iranischen Arbeiterbewegung. Die ausführliche Stellungnahme unter: rebrand.ly/unia-iran.



ALLIIERTE ANGREIFER: Donald Trump und Benjamin Netanjahu lassen Iran bombardieren. FOTOS: KEYSTONE / MONTAGE: WORK



KLARE KANTE: Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez positioniert sich gegen den Krieg. FOTO: KEY

lem für Israel, das, wie Regierungschef Benjamin Netanjahu sagt, «40 Jahre auf diese Gelegenheit gewartet» hat. Täglich wird deutlicher, dass Netanjahu die Hand Trumps führt: Dieser Krieg, schreibt die israelische Analytikerin Mairav Zonszein, «ist ein Krieg für einen einzigen Mann».
Dennoch sagt Macron, Iran trage die Hauptschuld, wenn man es jetzt zu seinem Glück bombardieren müsse.
Das ist zynisch und aussichtslos. Robert Pape, Professor für Internationale Beziehungen in Chicago, hat das Standardwerk «Bombing to win» geschrieben, das an allen Militärschulen gelehrt wird. Er sagt: «Es ist so gut wie ausgeschlossen, dass die aktuellen Bombardierungen zu einem positiven Regimewechsel in Iran führen. Weil das nie funktioniert.»
Offenbar wurde die US-Regierung vom anhaltenden Widerstand überrascht. Trump dachte, nach der Tötung von Ayatollah Khamenei werde das Regime zusammenbrechen. Daraus sprach die Arroganz des Ignoranten. Iran ist eben mehr als ein «Mullah-Regime». Nach der bestialischen Repression der Demonstrationen im Januar angeschlagen, scheinen es die Bomben sogar stabilisiert zu haben.

ZERSTÖRENDE INTERVENTIONEN
Macron hätte seinen Kumpel, den Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy, fragen können. Der zettelte 2011 einen Nato-Luftkrieg gegen Libyen an. Muammar Ghadhafi fiel, aber Libyen

versank im Bürgerkrieg und hat bis heute keinen funktionierenden Staat.
Was Pape über Luftschläge an 32 Fallstudien (etwa Serbien) belegt, gilt ebenso für andere Formen von Interventionen. In Rwanda hat die Präsenz französischer Streitkräfte 1994 den Genozid an den Tutsi verlängert und den «afrikanischen Weltkrieg» in Zaire mit Millionen Toten ausgelöst. Afghanistan war 20 Jahre lang von Nato-Truppen unter US-Kommando besetzt. Seit sie 2021 abgezogen sind, quälen Hunger und ökologische Katastrophen die Bevölkerung, die Taliban sind zurück, brutaler denn je.
Unter falschem Vorwand hatten US-Präsident George W. Bush und der Brite Tony Blair 2003 den Irak besetzt. Resultat: Bürgerkrieg, Islamischer Staat, Attentate überall, zweite Besetzung. Bis heute ein instabiler Staat. Die politische Geographie und die Konflikte im Nahen Osten sind zu grossen Teilen westlichen Interventionen geschuldet.

GAME OVER
Das grosse Vielvölkerreich Iran war das erste Land der Region, dass sich 1906 per Revolution eine Verfassung und ein Parlament gab. Als der demokratisch gewählte Regierungschef Mohammad Mossadegh 1951 die Anglo-persische Öl-Company nationalisierte, organisierten britische und US-Geheimdienste seinen Sturz.

Die Konflikte mit den USA beginnen also nicht erst mit der Islamischen Revolution 1979. Kurz darauf hetzten die USA und Frankreich Saddam Hussein zum Krieg gegen Iran. Beide Seiten wurden mit Kriegsgerät und Geheiminformationen versorgt. US-Strategen nannten es ein «double containment». Nach acht Jahren Patt und einer Million Toten hatten sich beide Länder aufgerieben.

Einmischungen dienen selten den Zielen, die sie plakatieren (Demokratie, Menschenrechte, Frieden...). 2018 untersuchte eine grosse Studie von RAND, einem Think-Tank der US-Militärs, die US-Interventionen. Wendet man die Studie auf Iran an, könnte das Land am Ende dieses Krieges im Chaos aufgelöst sein. In Israel nennen sie diesen Krieg das «End Game».

**Viele der Konflikte
im Nahen Osten
sind westlichen
Interventionen
geschuldet.**

Aufbruch im baskischen Streikparadies

Generalstreik für einen würdigen Mindestlohn



SIE SIND VIELE, SIE SIND LAUT: Die Streikenden gehen auf die Strasse, um für Frauen, junge Menschen und Einwanderer zu kämpfen. FOTO: ZVG/LAB

Im Baskenland wird so oft wie sonst nirgends in Spanien gestreikt. Generalstreiks bekommen einen starken feministischen Einschlag. Und immer öfter streiken sie solidarisch für jene, die selbst nicht (mehr) können.

RALF STRECK, DONOSTIA (ES)

Wenn am Morgen nur Musik im Radio dudelt, dann ist allen klar: ein Generalstreik legt das Wirtschaftsleben in der Autonomen Baskischen Gemeinschaft (CAV) und Navarra lahm. So auch an diesem 17. März. «Heute ist Generalstreiktag», schallt es durch Industriegebiete in kalten Morgenstunden, als Streikposten die Werkstore blockieren. Topfschlagend ziehen sie durch Stadtteile, um sich wie hier in Donostia (spanisch San Sebastián) später zu versammeln, um dann in Gruppen aus den Stadtteilen in die Innenstadt zu strömen.

Sie streiken für einen würdigen Mindestlohn von 1500 Euro im Baskenland. Mikel Lakuntza ist Chef der Gewerkschaft ELA, mit über 100 000 Mitgliedern mit Abstand die

«1500 Euro sind das Minimum im Baskenland.»

BEIZER AGUSTÍN RODRÍGUEZ

stärkste im Baskenland. Er sagt: «Die Strategie muss sein, die gesamte Arbeiterklasse zu vertreten, aber im besonderen jene mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen.» Das sind vor allem Frauen, junge Menschen und Einwanderer. Sie stecken oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne Tarifverträge und erhalten nur den Mindestlohn. Dieser wurde gerade spanienweit um 37 Euro auf 1221 Euro angehoben.

Neben ELA hat auch die zweitgrößte Gewerkschaft LAB aufgerufen. Dem Aufruf schlossen sich auch die spanischen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften CGT und CNT an. Die grossen spanischen CCOO und UGT blieben jedoch auch diesem Generalstreik im Baskenland fern. Es ist der neunte im Baskenland seit 2012, als es zum letzten Generalstreik in ganz Spanien kam. Der Streik richtete sich damals gegen die harten Einschnitte ins Sozialsystem nach den Bankenrettungen während der Finanzkrise.

FRAUEN-GENERALSTREIK

Mit den starken feministischen Mobilisierungen zeigte sich vor der Jahrtausendwende schon eine neue Ausrichtung der Gewerk-



1500 EURO MINDESTLOHN: Mit ihrer Forderung blockieren die Streikenden die Strassen. FOTO: ZVG/LAB

schaftsarbeit. Baskische Gewerkschaften folgten am 8. März 2018 und 2019 dem Aufruf zum feministischen Frauen-Generalstreiktag und boten ihm einen legalen Rahmen. Kurz vor der Covid-Pandemie fand ein Generalstreik für jene, die selbst nicht streiken konnten: Rentnerinnen und Rentner. Die Streikenden forderten damals eine Minimalrente von 1080 Euro. Es sind vor allem Frauen, die niedrige Ansprüche haben und oft sogar nur kleine Witwenrenten beziehen.

Im November 2022 kam es zum feministischen Pflegestreik. Auch hier streikten sie für alle, die das selbst nicht können oder dürfen, da sie in sehr prekären Verhältnissen arbeiten müssen oder ihr Streikrecht mit einem verordneten Minimaldienst von 100 Prozent praktisch ausgehebelt wird. Im Oktober 2025 gab es auch einen Solidaritäts-Generalstreik für Gaza.

SOLIDARISCH AUF DER STRASSE

Die Lehrerin Maite, die ihren echten Namen nicht nennen will, hat sich an allen Generalstreiks beteiligt. Sie sagt zu work: «Wo bliebe die Solidarität, wenn wir nicht für jene kämpfen, die es selbst nicht können?» Sie kann auch den Lohnabzug für einen Streiktag verkraften, andere nicht. «Viele Eltern meiner Schülerinnen und Schüler müssen von einem miesen Mindestlohn leben», fügt das LAB-Mitglied an. Auch der Beizer Agustín Rodríguez ist wieder dabei. Seine Kneipe bleibt erneut geschlossen, obwohl auch er besser verdient. «Wenn wir uns anschauen, wie sich das Leben und die Mieten verteuert haben, dann sind 1500 Euro ein absolutes Minimum im Baskenland», sagt er.

Das sieht man eigentlich auch bei der UGT so. Ihr Sprecher im Baskenland sagt zwar zu work, dass das «Preis- und auch das Lohnniveau hier deutlich höher sind». Doch die

UGT lehnt den Protest in der Form des Generalstreiks ab, setzt lieber auf Verhandlungen und Sozialpartnerschaft. Zudem sei für den Mindestlohn der Staat zuständig und könne regional gar nicht festgelegt werden.

Doch das sollte eine Volksinitiative (ILP) ändern. Benötigt waren 10 000 Unterschriften, um sie ins baskische Parlament einzubringen, unterschrieben haben fast 140 000. Die christdemokratische «Baskisch-Nationalistische Partei» (PNV) und ihr sozialdemokratischer Koalitionspartner haben die Initiative als «undemokratisch» abgeschmettert. Statt eine «politische und ökonomische Debatte zu fördern, wird sie systematisch behindert und ordnet sich den Interessen der Arbeitgeberverbände unter», kritisieren die baskischen Gewerkschaften. Die wollen mit dem Streik Regierung und Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zwingen.

Streikerprobt: Baskische Widersprüche

«Baskisches Paradoxon» nennt es die grosse spanische Tageszeitung «El País», dass die Hälfte aller Streiks im Baskenland, also «in der reichsten Region Spaniens», stattfinden. Dabei leben hier nur 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung.

ERKÄMPFT. Die hohen Löhne sind auch Resultat der gewerkschaftlichen Kämpfe: Die spanische Statistikbehörde (INE) weist für das Baskenland das höchste Durchschnittsjahreseinkommen von 33 500 Euro aus, auf den Kanarischen Inseln liegt es etwa einen Drittel darunter. Auch die Arbeitslosigkeit liegt hier mit 6,5 Prozent klar unter dem spanischen Durchschnitt von 9,9 Prozent. (rs)

EUropa
Roland Erne

Neues Urteil: Belohnung für höhere Löhne

Am 5. März freuten sich Gewerkschaften und Spitex-Mitarbeitende über ein neues Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg: Firmen, die ihre Angestellten besser bezahlen als die Konkurrenz, dürfen bei der Erteilung von öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden. Zu diesem Urteil kam es, weil der spanische Verband der Dienstleistungsunternehmen für Pflegebedürftige das baskische Städtchen Ortuella verklagt hatte.



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Ortuella hatte in ihren Vergabekriterien für Spitex-Dienstleistungen Firmen belohnt, die ihre Angestellten besser bezahlen wollten als im Branchenvertrag vorgesehen. Die Firma, die den Zuschlag erhielt, musste zudem die höheren Löhne auch in einem Vertrag mit den Gewerkschaften verankern.

SIGNAL AUS ORTUELLA. Kein Wunder, dass dieses EuGH-Urteil den Wirtschaftsverbänden überhaupt nicht in den Kram passte. Oliver Roethig vom europäischen Gewerkschaftsdachverband UNI Europa, dem auch die Unia angehört, freute sich hingegen sehr.

Das Urteil passt der Wirtschaft gar nicht.

Denn das Urteil stützt nicht nur die höheren Löhne für die Spitex-Mitarbeitenden in Ortuella. Es sendet auch ein klares Signal an EU-Kommission und -Parlament, gute Löhne und Verträge bei der anstehenden Reform des öffentlichen Beschaffungswesens in der EU stärker zu fördern.

Trotzdem bleibt der Kampf für ein soziales Europa hart. Mit dem Rechtsschwenk der Europäischen Volkspartei (EVP) seit 2024 schnürt der EU-Deregulierungskommissar Valdis Dombrovskis ein «Omnibus»-Paket zur Deregulierung des EU-Rechts nach dem anderen (work berichtete: rebrand.ly/eu-schützt-konzerne): Zuerst setzte die neue Mehrheit der EVP mit den rechtsradikalen Fraktionen Anfang Jahr eine Abschwächung des EU-Lieferkettengesetzes durch.

EU INC. Danach schlug die EU-Kommission dem EU-Parlament weitere Omnibus-Pakete vor, die das geltende EU-Recht in einem fragwürdigen Schnellverfahren deregulieren würden – und zwar in den Bereichen Investitionen, Landwirtschaft, Binnenmarkt, Verteidigung, Datenschutz und digitale Rechte – ganz im Sinne der US-Techkonzerne. Weitere Deregulierungspakete zur Umwelt-, Energie- und Steuerpolitik, zur Lebensmittelsicherheit, zu Automobilstandards, zum Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie zum Wirtschaftsrecht sollen bald folgen.

Dabei geht es insbesondere um ein neues EU-Gesetz, das einen «virtuellen 28. Mitgliedstaat» schaffen soll, damit sich «innovative» Firmen aus dem «bürokratischen» Wirtschaftsrecht ihrer Länder ausklinken können. Nur einen Tag nach dem sozialen EuGH-Urteil für die baskischen Spitex-Mitarbeitenden organisierte der Europäische Gewerkschaftsbund deshalb eine Demonstration in Cork. Es ist die irische Heimat des zuständigen EU-Kommissars Michael McGrath, der den Gesetzesvorschlag zum «28. Regime» im Wirtschaftsrecht, auch bekannt als «EU Inc», bald vorlegen soll. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel – auch in der EU-Politik.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Neue Befragung bei Jugendlichen von Pro Juventute zeigt: Mädchen und junge Frauen unter Druck

Eine neue Studie zeigt: Mädchen und junge Frauen sind deutlich mehr von ihrer schulischen Leistung und ihrer persönlichen Entwicklung gestresst als ihre männlichen Altersgenossen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Kein Kind mehr, aber noch nicht ganz erwachsen: Die Jugend ist und war schon immer eine herausfordernde Zeit. Pubertät, Stress mit den Eltern, Druck in der Schule, Berufswahl, Identitätskrise. Jetzt veröffentlicht Pro Juventute in Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Psychotherapie (KJPP) der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich zum zweiten Mal eine umfassende Umfrage, wie es den 14- bis 25jährigen in der Schweiz aktuell geht.

Viele Stressoren betreffen die Schule.

Die gute Nachricht: Eine grosse Mehrheit der Jugendlichen gibt an, sich psychisch wohl zu fühlen. Die Befragten geben zudem an, dass Eltern und Freunde die eigenen Sorgen ernst nehmen. Weniger blendend sieht es beispielsweise beim Thema Einsamkeit aus. Da geben fast ein Drittel der jungen Menschen an, sich immer, oft oder zumindest manchmal einsam zu fühlen. Auch die Müdigkeit ist ein grosses Thema. Über 28 Prozent geben an, regelmässig oder sogar ständig erschöpft und müde zu sein.

Blickt man noch etwas tiefer in die Umfrageresultate, fällt klar auf: Junge Frauen haben deutlich grössere Sorgen als junge Männer. Nur wenige Themen beschäftigen junge Männer mehr als junge Frauen. Dazu gehören die «Flüchtlingskrise», «Wirtschaftskrisen und Inflation» und damit einhergehend auch die «zunehmende Unsicherheit in der Schweiz bei Krisen in der Welt».

RIESIGER UNTERSCHIED

Doch was stresst die jungen Frauen? Auffällig ist, dass Stressoren besonders schulischer Natur sind. An der Spitze liegt bei beiden Geschlechtern der Prüfungsstress, doch das Ausmass ist sehr unterschiedlich. Während die weiblichen Befragten zu 46,8 Prozent angaben, dass sie häufig oder sehr häufig unter Prüfungsstress leiden, liegt der Wert bei den männlichen Befragten bei 30,1 Prozent. Jungen Frauen bereitet ihre berufliche Zukunft deutlich mehr Stress als jungen Männern. Hier liegt der Wert bei den weiblichen Befragten bei 39,5 Prozent, bei den männlichen bei 24,5 Prozent. Auch bei weiteren Stressoren wie Perfektionismus, Streit in der Familie sowie Mobbing leiden junge Frauen deutlich stärker als ihre männlichen Altersgenossen.

SICH SORGEN UM DIE WELT

Mädchen und junge Frauen machen sich zudem mehr Sorgen um die Lage der Welt und die Situation der Gesellschaft. Besonders gross ist die Schere beim Thema «Sexismus, Benachteiligung oder Gewalt gegenüber Frauen». Während 42,2 Prozent der weiblichen Befragten angaben, sich Sorgen zu machen, waren es bei den Männern lediglich 17 Prozent. Das Thema «Kriege auf der Welt» bereitete Frauen mit 45,9 Prozent deutlich mehr Sorgen als Männern mit 33,8 Prozent. Weitere Themen, um die sich junge Frauen mehr Sorgen machen, sind die Zukunft, die politische Entwicklung der Welt, der Klimawandel, die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich und vieles mehr.

Nur wenige Themen beschäftigen junge Männer mehr als junge Frauen. Dazu gehören die «Flüchtlingskrise», «Wirtschaftskrisen und Inflation» und damit einhergehend auch die «zunehmende Unsicherheit in der Schweiz bei Krisen in der Welt».

Die wenigen Sorgen, die junge Männer stärker beschäftigen, werden auf der politischen Bühne öfter von rechtsliberalen Kreisen bewirtschaftet, insbesondere die «Flüchtlingskrise». Oder die zunehmenden Bestrebungen für militärische Aufrüstung. Eine logische Folge, wovon work bereits letztes Jahr berichtete: Junge Frauen orientieren sich politisch zunehmend links, junge Männer rechts: rebrand.ly/junge-menschen-politik.

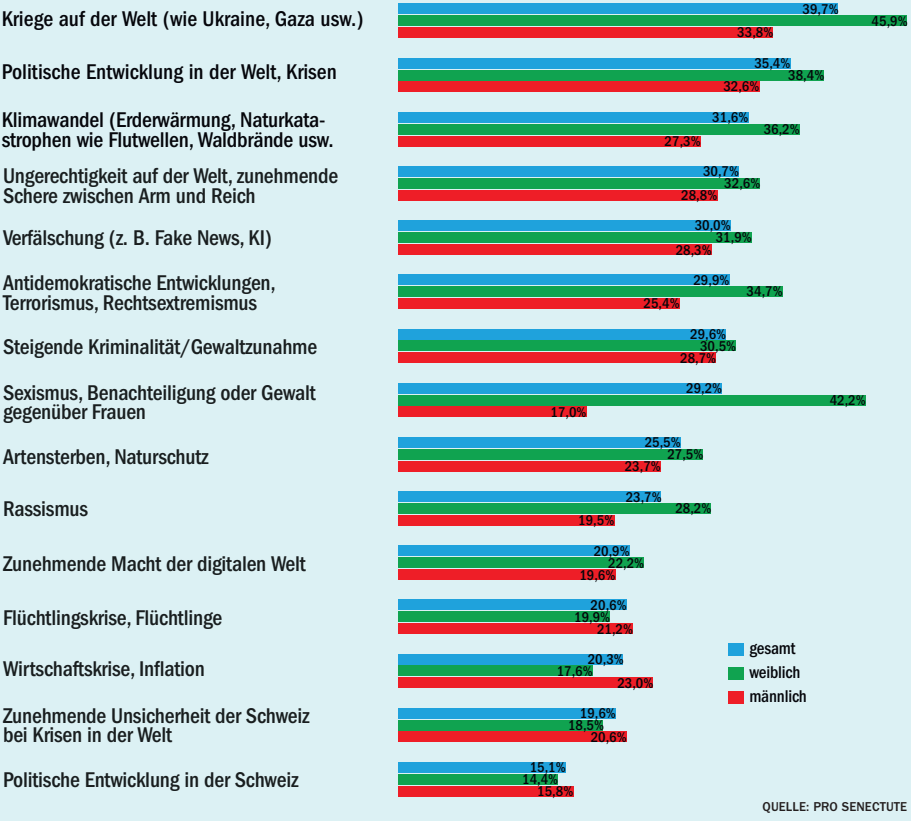
MIGRATION ALS BELASTUNG

Spannend ist weiter der Unterschied zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Jene mit Migrationshintergrund leiden stärker unter den schulischen Anforderungen, beispielsweise messbar mit dem Prüfungsstress. Während 11 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund Stress vor Prüfungen haben, sind es bei jenen mit Migrationshintergrund 24 Prozent. Das ist mehr als doppelt so viel.

Auch finanzielle Sorgen haben unterschiedliche Belastungswerte: Knapp ein Viertel der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund machen sich Sorgen um ihre eigene finanzielle Situation. Bei jenen mit Migrationsgeschichte machen sich mehr als ein Drittel darum Sorgen. Auch die finanzielle Situation der Eltern belastet sie deutlich mehr als Jugendliche aus Schweizer Familien.

Kriege, Krisen, Klimawandel

Die Sorgen bei der Gesamtgruppe und bei männlichen und weiblichen Teilnehmenden (bezogen auf die Antworten «ziemlich» und «sehr») in Prozent.



Hilfe in Krisen: Die künstliche Intelligenz wird zur Seelsorgerin

Pro Juventute ist bekannt für ihre Notrufnummer 147. Dort können sich Kinder und Jugendliche in Krisensituationen melden und rund um die Uhr ein offenes Ohr beanspruchen. In ihrer aktuellen Umfrage hakte die Stiftung bei den Jugendlichen nach, wo sie sich Hilfe in Krisensituationen suchen. Jeder zehnte gibt an, sich mit Problemen an eine künstliche Intelligenz zu wenden. Ähnlich häufig nutzen die Jugendlichen professionelle Fachstellen und Beratungsangebote, wie sie Pro Juventute zur Verfügung stellt. Unter www.147.ch finden junge Menschen diverse Hilfsangebote. Nebst der Notfallnummer gibt es auch die Möglichkeit, sich schriftlich via Whatsapp oder Mail beraten zu lassen. Und zusätzlich eine grosse Auswahl an hilfreichen Artikeln, wie beispielsweise Tipps gegen Prüfungsstress oder Panikattacken. (dak)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Peter Bodenmann



Industriepolitik: Der heisse Romeo

Armeeminister Martin Pfister will massiv aufrüsten. Dabei hat uns die Brandkatastrophe von Crans-Montana gezeigt, dass die Schweiz selbst weniger grosse Katastrophen als Kriege gar nicht bewältigen kann. Viel sinnvoller, als in der Nato-Logik die Militärausgaben zu erhöhen, wäre es also, wenn sich die Armee auf die Beschaffung von Systemen konzentrieren würde, die auch bei zivilen Katastrophen zum Einsatz kommen könnten.

Die Schweiz gibt pro Kopf (richtig berechnet) mehr für Aufrüstung aus als jedes andere Land in Europa, einschliesslich Norwegen und Deutschland. Trotzdem sollen die Militärausgaben massiv erhöht werden, wenn es nach Armee-minister Martin Pfister und seinen – von der Nato verseuchten – Offizieren geht. Dabei können die USA ihre zu teuren Hightech-Waffensysteme gar nicht zeitnah liefern. Auch wegen des absolut unsinnigen Irankriegs.

US-Aussenminister Henry Kissinger brachte die Erkenntnisse des Vietnamkriegs vor mehr als einem halben Jahrhundert so auf den Punkt: «Die Guerrilla gewinnt, wenn sie nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt.»

Statt in der Nato-Logik aufzurüsten, müsste die Schweiz zusammen mit Österreich eine Achse der vernünftigen



ELEKTROFLIEGER ROMEO: Er fliegt schon, vorerst noch unbemannt. FOTO: ZVG

Neutralen bilden. Und sich zusammen mit Spanien gegen den deutschen Rüstungswahn stellen. Kein Detail: Die Schweiz kann ihre Verteidigungsausgaben halbieren und würde pro Nase immer noch mehr ausgeben als Österreich.

HILFE. Die Brandkatastrophe von Crans-Montana hat's gezeigt: Die Schweiz kann selbst weniger grosse Katastrophen als Kriege gar nicht bewältigen. Armee, Rega, Air Zermatt und Air Glar-

cier waren nicht in der Lage, die Verletzten zu transportieren. Italienische und französische Helikopter und ein rumänisches Transportflugzeug mussten herfliegen, um die Überlebenden der Brandkatastrophe in Spezialkliniken auch im Ausland zu transportieren. Dies, weil die Kapazität der Schweizer Spitäler nicht ausreichte, um die schwer Verehrten zu behandeln.

Die Armee müsste sich auf die Beschaffung von Systemen konzentrieren, die auch bei zivilen Katastrophen

zum Einsatz kommen können. Zum Beispiel der Elektroflieger Romeo.

Im Fliegerhorst im bayrischen Oberpfaffenhofen haben sie, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, klammheimlich ein sensationelles Produkt entwickelt: den Romeo.

DIE DATEN. Ein Romeo soll sechs Personen transportieren können. Oder einen Verletzten mit zwei Helfenden samt Pilotin oder Pilot. Start und Landung erfolgen elektrisch und somit geräuscharm und umweltfreundlich zugleich. Rein elektrisch kann der Flieger 190 Kilometer weit fliegen. Und mit Bio-Sprit sogar 800 Kilometer. Dies mit einer Geschwindigkeit von etwas mehr als 200 Kilometern pro Stunde. Schon mal nicht so schlecht! Noch heisser ist die Kostenseite: Ein Romeo soll drei Mal weniger kosten als ein Rettungshelikopter der Rega oder der Air Zermatt. Und auch im Unterhalt soll er drei Mal billiger sein. Der Preis pro Flugminute dürfte unter 10 Franken sinken.

Würde die Schweizer Armee 200 Romeos kaufen, würden die nicht mehr kosten als zwei unnütze F-35-Jets. Und mit 200 Romeos könnte sie im Notfall innert einer halben Stunde 1000 Helfende an jeden Punkt der Schweiz transportieren. Zum Beispiel bei einem grossen Erdbeben.

Affaire à suivre, würden die Wel-schen sagen: Wir bleiben dran!

LINKS:

● rebrand.ly/romeo-flieger
Videos erklären mehr als Artikel, selbst wenn sie auf thailändisch sind.

● rebrand.ly/aero-200
Lange Zeit war das Unternehmen Dufour Aerospace mit seiner Idee eines Kipp-Flüglers technisch und



Aero 200 von Dufour Aerospace. FOTO: ZVG

konezptionell führend. Leider liess der Bund und seine Ruag die Walliser im Stich. Sie wurden nicht wirksam unterstützt. Bekommen sie eine zweite Chance? Danke, leider nein!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

Ausstellung für alle Nostalgikerinnen und Gewerkschafts-Fans

Willi Ritschard: Vom Monteur zum ersten Arbeiter-Bundesrat

Das Oltner Haus der Museen lädt bis Mitte April zu einer Doppelausstellung ein, die Sie besser nicht verpassen sollten!

DARIJA KNEŽEVIĆ
Es passiert den besten Zugpassagieren und ÖV-Nutzerinnen: Plötzlich steckt man in Olten fest. Gerade längere Reisen quer durch die Schweiz führen in vielen Fällen über diesen Knotenpunkt. Doch kein Grund zur Panik! Die Eisenbahnstadt hat vieles zu bieten, um sich die Zeit bis zur nächsten Zugverbindung zu vertreiben. Darunter eine aktuelle Doppelausstellung im Haus der Museen, zu Fuss ungefähr 10 Minuten vom Bahnhof Olten entfernt. Bis am 19. April 2026 ist im lauschigen Dachstock des Museums die Sonderausstellung «Sozial & sicher» sowie die Wanderausstellung zu Willi Ritschard, dem ersten Arbeiter-Bundesrat, zu finden. work hat die Ausstellung besucht, die Zeit dabei vergessen und erst viele Zugverbindungen später das Museum verlassen.

EINE STIMME FÜR DIE ARBEITERKLASSE
Es war ein historischer Tag für die Schweiz: Am 5. Dezember 1973 wurde Willi Ritschard zum Bundesrat gewählt. Ritschard hatte etwas, was bisher kein Bundesrat vorweisen konnte: einen Lehrabschluss und eine ganz normale Bütz. Bevor er sich in seiner Heimatgemeinde Luterbach SO und später für den Kanton Solothurn politisch engagierte, machte er eine Ausbildung zum Heizungsmonteur. Und kannte deshalb die realen Probleme der Arbeiterklasse.

Seine Wahl in den Bundesrat war so überraschend, dass er zum Zeitpunkt der Wahl nicht mal in Bern anwesend war. Denn er galt als sogenannter Sprengkandidat. Zur Wahl hatte seine Partei – die SP – einen anderen Politiker gestellt. Wie reagierte sein Heimatdorf auf seine Wahl? Genau mit diesen Stimmen beginnt die Ausstellung im Haus der Museen in Olten. In gemütlichen Sesseln können sich die Besucherinnen und Besucher erste Reaktionen aus einer Strassenumfrage anhören. Ein altes Radio aus den 1960er Jahren gibt einen Vorgeschmack: Diese Ausstellung erobert die Herzen aller Nostalgikerinnen.

WILLI, WER?
Willi Ritschard kommt 1918 in Deitingen im solothurnischen Wasseramt zur Welt. Nach der Lehre schliesst er sich sofort der Gewerkschafts-



EIN SPRICHWORT, DAS WILLI RITSCHARD GERNE ZITIERT: «Je höher der Affe steigt, desto mehr sieht man seinen Hintern.» FOTO: DAK

bewegung an – als Mitglied beim Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (Smuv), Vorgänger der heutigen Gewerkschaft Unia. Seine politische Karriere beginnt auf lokaler Ebene, als er als Büzier mit 25 Jahren in den Gemeinderat gewählt wird.

Ritschard ist ein beliebter Politiker, seine spätere Wahl zum Bundesrat für viele Arbeiter dieses Landes ein Durchbruch. Im Oltner Museum werden wichtige Abschnitte seines Lebens mit Text, Bild und Ton dokumentiert. Über seine politische Amtstätigkeit hängt ein Schild im Museum mit dem Titel: «volksnah, charismatisch, sensibel». Doch eine Lücke erschwert Ritschards Politikerdasein: Er hat keinen höheren Schulabschluss. Dafür besucht er ab 1953 die «Arbeiterschule», wo er sich das «systematische Lernen» und das «intellektuelle Arbeiten» aneignet. Auch baut sich Ritschard ein Umfeld auf, das ihn unterstützt. Darunter Max Weber, Redaktor und volkswirtschaftlicher Mitarbeiter beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der sein Lehrer und «geistiger Vater» wird. Oder Peter Bichsel, Schriftsteller und Gewerkschafter, der Ritschard zur Seite steht. Immer wieder lädt die Ausstellung mit spannenden Details zum An- und Innehalten ein. Darunter mit einem Magazinstapel zu Ritschards Bundesratswahl. Die «Schweizer Illustrierte»

titelte in ihrer Ausgabe vom 10. Dezember 1973: «Vom Monteur zum Bundesrat».

MITREDEN IST DIE LÖSUNG
Parallel zur Ausstellung über Ritschard zeigt die Ausstellung unter dem Titel «Sozial & sicher» die Kämpfe des Schweizer Sozialstaates. Eine Zeitreise: alte Gewerkschaftswappen, Gesamtarbeitsverträge für das Solothurner Baugewerbe für die Jahre 1967 bis 1971 oder Arbeiterschuhe – nicht mehr so Suva-konform – mit Holzsohle. Themen, die vertieft werden, sind unter anderem die Arbeiterbildung, die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Armut.

Doch wo steht unser Sozialstaat heute? Und was sind dringende Kämpfe, die anzugehen sind? Darüber diskutierten am 11. März der ehemalige Ständerat Paul Rechsteiner, die Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Michel-Alder, die Historikerin Anja Peter vom Büro für Feminismus und Nationalrat Cédric Wermuth. Klar wurde bei der Diskussion: Es gibt viele Baustellen. Und um diese anzugehen, ist die Mitsprache entscheidend. Sei es von Rentnern, Migrantinnen, Arbeitern oder Müttern.

Der Museumseintritt kostet für Erwachsene 5 Franken. Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren, Touristen mit Gästekarten oder Menschen mit einer Kulturlegi können gratis das Haus der Museen in Olten besuchen.

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



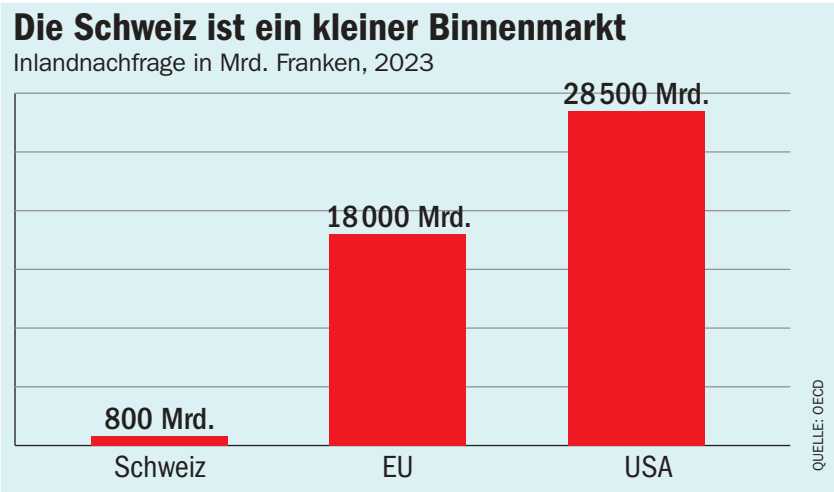
HOHE LÖHNE DANK EXPORT – UND STARKEN GEWERKSCHAFTEN

Eine Bäckerin in der Schweiz verdient durchschnittlich 4700 Franken. Eine Bäckerin in Deutschland verdient dagegen nur 2800 Euro. Auch Lehrer, Maurer oder Pflegerinnen verdienen in der Schweiz deutlich mehr als in anderen Ländern. In Europa liegt der durchschnittliche Lohn nur in Luxemburg höher als in der Schweiz. Die Löhne in der Schweiz sind aber nicht so viel höher als im Ausland, weil Bäckerinnen, Lehrer oder Pflegerinnen in der Schweiz so viel mehr leisten als im Ausland. Die Schweiz hat vor allem ein höheres Lohnniveau, weil die Exportwirtschaft hochproduktiv ist. Die Beschäftigten in der Pharma, der Maschinenindustrie, der Medizinaltechnik, aber auch die international ausgerichteten Banken, Versicherungen und IT-Firmen erarbeiten hohe Erträge. Das erlaubt ihren Arbeitgebern, hohe Löhne zu zahlen.

MARKTZUGANG. Branchen, die auf die Schweiz ausgerichtet sind, müssen mit diesen hohen Löhnen nachzie-

hen. Sonst wandern ihnen die Beschäftigten in die Exportwirtschaft ab. Die Firmen mit Schweiz-Ausrichtung können wiederum die Löhne über höhere Preise finanzieren: Denn die Löhne und Erträge aus der Exportwirtschaft schaffen genügend Nachfrage, um die Preiserhöhungen durchzusetzen. Damit die Schweizer Exportwirtschaft so produktiv sein kann, braucht sie Zugang zu ausländischen Märkten. Im Gegensatz zu den USA oder der EU ist der Schweizer Binnenmarkt sehr klein (siehe Grafik). Es gäbe schlicht keinen genügend grossen Absatz, damit es sich lohnen würde, spezialisierte CNC-Fräsmaschinen für den Turbinenbau, Vakuumventile für die Chip-Produktion oder auch Kaffeekapseln mit hoher Markenbindung nur für die Schweiz herzustellen.

ÖFFNUNG. Aussenwirtschaftliche Öffnung ist deshalb im Interesse von Arbeitnehmenden in der Schweiz – unabhängig davon, ob sie nun in der



Export- oder in der Binnenwirtschaft angestellt sind. Öffnung ist aber kein Selbstläufer. Höhere Produktivität führt nicht immer automatisch zu höheren Löhnen. Mehrerträge durch Handel kommen vor allem dann bei den Beschäftigten an, wenn die Arbeitgeber unter Druck stehen, sie den Arbeitnehmenden auch weiterzu-

geben. Druck entsteht, wenn sie Arbeitskräfte suchen. Oder wenn Gewerkschaften Druck machen. Damit die Öffnung den Arbeitnehmenden nützt, muss sie deshalb immer mit starken Arbeitsrechten und Gewerkschaften einhergehen.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Ausstellung zu Saisonniers

Von einem unsichtbaren Leben

Die Ausstellung «Wir, Saisonniers...: Zürich 1931–2026» ruft die Lebens- und die Arbeitsbedingungen von Saisonniers in der Schweiz in Erinnerung und schafft Bezüge zur heutigen Migrationspolitik. Historische Dokumente, Interviews, Bild- und Filmmaterial sowie öffentliche Führungen verbinden die Geschichte der Saisonniers mit der Gegenwart. Die Ausstellung ist nach Genf und Biel nun erstmals in der Deutschschweiz zu sehen. Am 25. April diskutieren Serge Gnos (Unia Migration Zürich/Schaffhausen), Daria Perez und Tarek Naguib (Aktion Vierviertel) über das Recht auf Migration, Arbeit und Demokratie.

«Wir, Saisonniers... : Zürich 1931 bis 2026», 26. März – 21. Juni, Photobastei, Sihlquai 125, Zürich. photobastei.ch

Festival in Zürich

Mit Filmen die Welt verändern

Das Human-Rights-Filmfestival in Zürich ist Begegnungsort für Menschen und auch Fenster zur Welt.



FOTO: PD

So etwa der Film des italienischen Regisseurs Parsifal Reparato: «She» zeigt die Arbeitsbedingungen in einer gigantischen Elektronikfabrik mit fast 80 000 Beschäftigten in Vietnam. Im Anschluss an den Film sprechen Susanne Rudolf, Kampagnenleiterin Solidar Suisse, und Jeroen Merk, Forscher für Arbeitsgeographie an der Uni Zürich, über Arbeitsrechte, Geschlechtergerechtigkeit und die Verantwortung von Unternehmen in globalen Lieferketten.

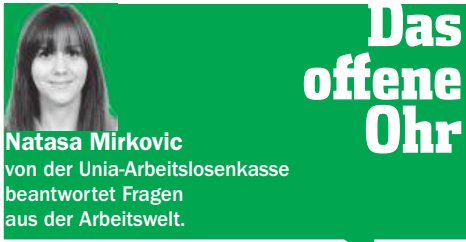
Human Rights Film Festival Zürich, 26. März – 1. April, Kino Riffraff, Neugasse 57/63, Tickets: Fr. 20.–. humanrightsfilmfestival.ch

Literaturfest

Widerstand leisten und abhängig sein

2020 lag Jonas Lüscher im Koma auf der Intensivstation. Er überlebte den schweren Coronaverlauf – auch dank den an ihn angeschlossenen Maschinen. Diese Erfahrung bildet den Hintergrund seines neuen Romans «Verzauberte Vorbestimmung». Der Schweizer Schriftsteller verwebt darin verschiedene Geschichten aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und zeigt die Widerstände, aber auch Abhängigkeiten von Maschinen im Zeitalter des entfesselten Kapitalismus. Neben Jonas Lüscher lesen im Luzerner Neubad auch Autorinnen und Autoren wie Sibylle Berg, Caroline Amlinger & Oliver Nachtwey, Sharon Dodua Otoo und weitere.

Lettera Literaturfest Luzern, 27. März bis 29. März, Neubad, Birreggstrasse 36, Einzeleintritt: Fr. 20.–. literaturfest.ch



Das offene Ohr
Natasa Mirkovic
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeitslos: Ich warte auf mein Geld, was kann ich tun?

Ich habe mich per Dezember 2025 arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenkasse verlangt von mir immer wieder dieselben Dokumente. Bis heute warte ich auf mein Geld und werde immer nur vertröstet. Was kann ich tun?

NATASA MIRKOVIC: Wir verstehen sehr gut, dass Sie sich eine zügige Auszahlung wünschen. Grundsätzlich dauert der Prozess vom Zeitpunkt der Anmeldung bis zum Abschluss der Anspruchsprüfung mindestens 30 Tage, wenn alle relevanten Unterlagen zeitnah eingehen. Schweizweit sind die Arbeitslosenkassen zu Beginn des Jahres 2026 auf ein neues Auszahlungssystem umgestiegen. Diese technische Anpassung ist notwendig, um unsere Prozesse langfristig effizienter und stabiler zu gestalten. Gleichzeitig



SCHWIERIGE LAGE: Wegen einer Systemumstellung warten Arbeitssuchende in der Schweiz gegenwärtig länger auf ihr Geld. FOTO: KEYSTONE

führt sie derzeit zu zusätzlichen Herausforderungen und Verzögerungen. Auch das mehrfache Verlangen derselben Unterlagen ist darauf zurückzuführen. Es kann länger dauern, bis eingegangene Unterlagen im System der richtigen versicherten Person zugeteilt sind, weshalb die Sachbearbeiter sie nicht sehen, selbst wenn sie bereits eingereicht sind. In der Zwischenzeit könnte Ihnen allenfalls ein Vorschuss ausbezahlt werden bis zur definitiven Prüfung Ihrer Ansprüche. Dies geht jedoch nur, sofern gemäss den vorliegenden Unterlagen ein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung grundsätzlich gegeben ist. Bitte fragen Sie bei Ihrer Kasse nach, ob ein Vorschuss möglich sei. Aus dieser Auskunft lässt sich kein Rechtsanspruch ableiten.

Ich bin seit letztem Jahr arbeitslos gemeldet. Die ersten Monate ging alles gut. Nun warte ich immer noch auf meine Auszahlung für den Januar 2026, und inzwischen ist auch schon der Februar 2026 fällig. Ich erwarte meine Auszahlungen sofort. Die Unterlagen habe ich per Post und elektronisch eingereicht.

NATASA MIRKOVIC: Wir verstehen Ihren Unmut. Wie Sie letzten Herbst informiert wurden, gab es per Jahreswechsel eine Systemumstellung bei den Arbeitslosenkassen. Die Umstellung führt sowohl zu erwarteten als auch zu unerwarteten Herausforderungen. Leider sind auch die gegenwärtigen Verzögerungen in der Bearbeitung der Auszahlungen darauf zurückzuführen. Die Arbeitslosenkassen setzen alles daran, diese Herausforderung erfolgreich zu bewältigen und die Prozesse zeitnah wieder effizient zu gestalten. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Situation demnächst beruhigen wird. Bitte fragen Sie bei Ihrer Arbeitslosenkasse nach, ob inzwischen ein Vorschuss möglich sei. Für die Zukunft empfehlen wir Ihnen, sich unter [job-room.ch](https://www.job-room.ch) zu registrieren und die Dokumente online einzureichen. Die hier übermittelten Daten wie das Formular «Angaben der versicherten Person» sind auf das neue System ausgelegt und ermöglichen eine optimierte Bearbeitung.

Alle Jahre wieder grüsset das Steueramt: Mit dem Ratgeber von work Sie fühlen sich unsicher? Wir zeigen Ihnen, was alles in die Steuererklärung

Fast niemand freut sich darauf, die Steuererklärung auszufüllen – und doch muss es sein. work sagt Ihnen, welche Punkte Sie dabei unbedingt beachten müssen.

MARIA KÜNZLI

BELEGE SAMMELN. Wer Zeit und Nerven sparen will, sammelt das ganze Jahr über Belege, die für die Steuererklärung nützlich sein könnten, zum Beispiel: Lohnausweise, Belege für Renten, Kontoauszüge von der Bank oder der Post, Belege zu den Wertschriften, Schuldenverzeichnisse, Schuldzinsbescheinigungen und Unterlagen rund um die Liegenschaft, falls Sie eine besitzen. Zudem sollten Sie die Kosten für Aus- und Weiterbildungen belegen, Spenden, Krankheitskosten sowie die Fremdbetreuungsausgaben der Kinder darlegen können. Sie können alle Belege in einem Ordner sammeln oder elektronisch – Hauptsache, Sie wissen, wo alles abgelegt ist. Was ebenfalls hilfreich ist: die letzte Steuererklärung als Vorlage, dazu die definitive Einschätzung des Steueramts.

FRIST VERLÄNGERN. Am besten reichen Sie, sobald Sie die Steuererklärung bekommen haben, eine Fristverlängerung ein – auch wenn Sie sicher sind, dieses Jahr wirklich mit allem pünktlich zu sein. Das Leben kann immer dazwischenkommen. Eine Fristverlängerung kann nur bis zum ordentlichen Einreichetermin beantragt werden, danach nicht mehr. Falls der Termin bereits überschritten ist: Rufen Sie das kantonale Steueramt so bald wie möglich an, und bitten Sie freundlich um eine Ausnahme – vielleicht haben Sie Glück. Es könnten aber Kosten anfallen. Wenn die Fristverlängerung online eingereicht wird, ist eine Verlängerung bis am 15. Juli gratis, bis am 15. September kostet es 20 Franken und bis am 15. No-

vember 40 Franken. Achtung: Wird die Fristverlängerung am Schalter beantragt, kostet es mehr (bis Juli 20 Franken, bis September 40 Franken und bis November 60 Franken).

ONLINE IST EINFACHER. Seit 2024 ist es in allen Kantonen möglich, die Steuererklärung online auszufüllen. Auch wenn der Computer für Sie ein Buch mit sieben Siegeln ist: probieren Sie es. Vielleicht kennen Sie jemanden, der Ihnen beim ersten Mal helfen kann. Denn das Online-Ausfüllen hat entscheidende Vorteile: Das Programm leitet Schritt für Schritt durch den Prozess. So geht kein Formular vergessen. Zudem werden die Beträge automatisch zusammengerechnet, womit eine weitere Fehlerquelle eliminiert ist. Meistens werden die Einträge des Vorjahres übernommen, was bedeutet, dass nur noch die Änderungen eingegeben werden müssen.

EINKOMMEN. Wichtig: Geben Sie den Nettolohn an, nicht den Bruttolohn. Dieser steht in der Regel auf dem Lohnausweis ganz unten. Falls Sie neben dem Haupterwerb einem oder mehreren Nebenjobs nachgehen, müssen Sie auch diese angeben. Bekommen Sie Alimente für Kinder? Diese müssen bei den «Unterhaltsbeiträgen» versteuert werden. Falls Sie in der glücklichen Lage sind, zusätzlich in die Pensionskasse einzahlen zu können: Kontrollieren Sie, ob die Summe schon auf dem Lohnausweis abgezogen wurde. Sonst können Sie den freiwilligen Einkauf in der Steuererklärung als Abzug geltend machen. Wer eine AHV-Rente bezieht, gibt sie wie das Erwerbseinkommen bei den Steuern an. Ergänzungsleistungen hingegen sind steuerbefreit.

VERMÖGEN. Unabhängig davon, ob es um zwei Millionen oder um zwei Franken geht: Geben Sie unter «Vermögen» jedes Konto an, das Sie besitzen an – der Kontostand ist so oder so zu deklarieren. Was Sie an Bargeld zu Hause ha-



WORKTIPP

REDEN HILFT, FRAGEN KOSTET NICHTS

Versuchen Sie, monatlich Geld für die Steuern zurückzulegen, und bezahlen Sie, wenn möglich, die provisorischen Steuerrechnungen fristgerecht. Ist die definitive Rechnung zu hoch und können Sie sie nicht bezahlen, nehmen Sie mit dem Steueramt Kontakt auf, bevor Mahnungen eintreffen. Schlagen Sie eine Ratenzahlung vor, oder bitten Sie um eine Stundung. Das braucht Überwindung und ist unangenehm, aber im persönlichen Gespräch lässt sich in der Regel eine Einigung finden – auf jeden Fall ist dies leichter, solange noch keine Betreibung eingeleitet wurde. (mk)

ben, müssen Sie nicht angeben, sofern es eher kleine Beträge sind. Horten Sie mehr als 5000 Franken im Schatzkästchen oder unter der

ONLINE MACHT DAS LEBEN LEICHTER: Das kein Formular vergessen. FOTO: KEYSTONE

Matratze, sollten Sie es offenlegen. Der Hausrat und persönliche Gebrauchsgegenstände wie zum Beispiel auch eine wertvolle Uhr gelten als steuerfrei. Auch mehrere wertvolle Uhren müssen nicht in jedem Fall angegeben werden. Besitzen Sie aber eine grosse Sammlung an teuren Uhren, die einen erheblichen Anteil Ihres Vermögens ausmacht, muss der Wert versteuert werden. Was genau als Vermögen gilt und was nicht, ist – Sie ahnen es – von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Ausschlaggebend sind die jeweiligen Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie der Zweck und die tatsächliche Nutzung des Gegenstands

kann nichts mehr schiefgehen

zeigen Ihnen, was gehört

STEUERJAHR 2025

WAS IST NEU?

Es gibt Anpassungen, die das ganze Land betreffen, und solche, die kantonal geregelt sind. Nachfolgend eine Auswahl von Neuerungen rund um die direkte Bundessteuer. Erkundigen Sie sich am besten auf der Website des kantonalen Steueramts über Änderungen, die Ihren Wohnkanton betreffen.

KINDERDRITTBETREUUNG:

Bei der direkten Bundessteuer beträgt der maximale Abzug der Kosten pro Kind neu 25'800 Franken pro Jahr. Das betrifft Kosten für Kita, Tagesmutter, Hort usw. Es können nur tatsächlich bezahlte Kosten bis zu diesem Maximum abgezogen werden.

KINDERABZUG: Bei der direkten Bundessteuer steigt der allgemeine Kinderabzug leicht an: So gilt für das Steuerjahr 2025 neu 6'800 Franken pro Kind (2024: 6'700 pro Kind). Wenn ein Kind in der Steuererklärung angegeben wird, wird der Abzug automatisch berücksichtigt.

PENDLERABZUG: Der maximale Abzug für den Arbeitsweg (Fahrkosten) wurde erhöht. Der maximale Abzug beträgt neu 3'300 Franken (2024: 3'200 Franken). (mk)

oder Wertobjekts. Fragen Sie im Zweifelsfall bei der Steuerbehörde nach.

SCHULDEN. Für Schulden gibt es ein spezielles Formular. Sie werden vom Vermögen abgezogen. Angeben können Sie zum Beispiel auch die noch nicht bezahlte Rechnung für die direkte Bundessteuer 2025. Die Schuldzinsen können Sie vom Einkommen abziehen.

ABZÜGE. Hier können Sie die Fahrkosten – Autokilometer oder das ÖV-Abo – sowie die Berufsauslagen abziehen. Geben Sie entweder die kantonal geregelte Pauschale oder die effektiven Kosten an. Entschei-

den Sie sich für die effektiven Kosten, müssen Sie alles belegen und beziffern können. In diesem Formular können Sie auch den Versicherungsabzug machen und allenfalls Abzüge, falls Sie in die Säule 3a einzahlen. Falls Sie hohe Krankheitskosten zum Beispiel für Therapien, Arztkosten oder Medikamente hatten und diese selbst berappen mussten, können Sie das angeben (Belegel). Gut zu wissen: Auch Zahnarzt und Dentalhygiene zählen zu den abziehbaren Krankheitskosten. Alimente, die Sie zahlen, sowie Spenden an gemeinnützige Organisationen können an dieser Stelle ebenfalls zum Abzug gebracht werden.

welche Fehler sinnvoll für den Lernprozess sind

den richtigen Umgang mit Geld

dass die Höhe des Sackgelds in das Familienbudget passen muss. Folgende Richtlinien und Tipps können Eltern helfen.

AUSZAHLUNG. Für kleinere Kinder bis zur dritten Klasse ergibt es Sinn, das Geld wöchentlich abzugeben. Sie sind noch nicht in der Lage, längerfristig zu planen und sich das Geld über mehrere Wochen hinweg einzuplanen. Pro Juvenute empfiehlt, das Geld ab der vierten Klasse alle zwei Wochen und aber der Oberstufe monatlich auszuzahlen.

JUGENDLOHN. Kommen Kinder langsam ins Teenageralter, ist es angebracht, ihnen mehr Verantwortung auch in Sachen Geld zu übertragen. Mit einem Jugendlohn bekommen sie mehr Sackgeld, müssen dafür aber

auch selbst für bestimmte Kosten wie zum Beispiel für Kleider oder den Coiffeur aufkommen.

ZWECK. Am Anfang ist es hilfreich, mit dem Kind zu besprechen, wofür das Sackgeld gedacht ist. Es sollte sich damit

Das Sackgeld sollte nicht an Bedingungen geknüpft sein.

persönliche Wünsche erfüllen dürfen – so lernt es mehr über den Umgang mit Geld, als wenn das Sackgeld strikt für das Sparkonto oder für einen bestimmten Zweck gedacht ist.

AUS FEHLERN LERNEN. Das Schoggistengeli war so verlockend und fein, doch nun ist das

ganze Geld schon aufgebraucht? Daraus können Kinder lernen. Deshalb ist es laut Pro Juvenute nicht sinnvoll, zusätzliches Geld auszuzahlen oder Geld vorzuschies sen, wenn das Sackgeld weg ist. So lernen Kinder, sich das Geld einzuteilen.

BEDINGUNGSLOS. Ist abgemacht, wie viel und wie oft das Kind Sackgeld bekommt, sollten sich Eltern daran halten. Die Auszahlung sollte nicht an Bedingungen geknüpft sein wie «Zimmer aufräumen» oder «Aufgaben erledigen». Sackgeldentzug als Strafe? Auch das sollten Sie als Eltern vermeiden. Das Geld sollte regelmässig und unaufgefordert ausbezahlt und nicht mit erzieherischen Massnahmen verbunden werden. www.projuventute.ch

WIE VIEL AB WANN? EMPFEHLUNGEN

Der Dachverband Budgetberatung Schweiz empfiehlt:

- ab 6 Jahren: 3 Franken pro Woche
- ab 7 Jahren: 4 Franken pro Woche
- ab 8 Jahren: 5 Franken pro Woche
- ab 9 Jahren: 15 Franken alle zwei Wochen
- ab 10 Jahren: 18 Franken alle zwei Wochen
- ab 11 Jahren: 20 Franken alle zwei Wochen
- mit 12 bis 14 Jahren: 50 bis 70 Franken monatlich

Mehr Informationen unter: budgetberatung.ch/kinder

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



WELCHE DARF ES SEIN? Externe Festplatten müssen Sie Ihren Bedürfnissen anpassen. FOTO: 123RF

Backup: So finden Sie die richtige externe Festplatte

Externe Festplatten sind Pflicht, um darauf regelmässig Sicherheitskopien des Computers zu speichern. Beim Kauf einer externen Festplatte müssen Sie einiges beachten. Zum Beispiel einen genügend grossen Speicherplatz. Eine Faustregel besagt: Die Speicherkapazität der externen Festplatte sollte mindestens doppelt so gross sein wie jene der Festplatte des Computers. Weniger als ein Terabyte (TB, rund 1000 Gigabyte) Speicherplatz sollte man für ein Backupmedium nicht wählen. Mit einer 4-Terabyte-Festplatte sind Sie in der Regel auf der sicheren Seite. Das reicht auch für Sicherheitskopien von mehreren Computern. Es gibt Festplatten mit der HDD-Technologie und SSD-Speicher.

Die Vorteile von SSD-Speichern: Sie sind deutlich schneller als herkömmliche HDD-Festplatten. Das merkt man, wenn man in möglichst kurzer Zeit grosse Dateimengen kopieren will. Zudem sind sie unempfindlicher gegen Stösse. Sie sind ausserdem meist sehr klein gebaut. Braucht man die Festplatte nur für die regelmässigen Backups des Computers, spielen diese Punkte jedoch keine grosse Rolle. Der grosse Nachteil: Sie sind oft doppelt so teuer wie die herkömmlichen HDD-Festplatten.

Die Vorteile von HDD-Festplatten: Sie sind billiger und daher die günstigere Wahl für grosse Speichermengen. Sie eignen sich deutlich besser für eine langfristige Lagerung im Schrank. SSD können bereits ein Jahr ohne Anschluss an einen Computer Daten verlieren. Bei HDD bleiben die Daten auch ohne Strom erhalten.

Tipp: Möchten Sie die hohe Geschwindigkeit von SSD nutzen, sollten Sie Modelle mit dem richtigen Anschluss wählen. Steht bei SSD-Festplatten in den technischen Daten der Hinweis «USB 3-2 Gen.2», lassen sich Daten besonders schnell übertragen – sofern der Computer über eine identische Buchse verfügt. HDD-Festplatten erreichen solche Geschwindigkeiten nicht. MARC MAIR-NOACK

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Ich muss dringend!

Darf eine Berufsschule verbieten, während des Unterrichts aufs WC zu gehen?

«Ein generelles Verbot, während des Unterrichts auf die Toilette zu gehen, ist unzulässig, da es einen unangemessenen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellt – insbesondere für menstruierende Personen. Wird ein solches Verbot nicht generell, sondern in einem konkreten Fall verhängt, müsste der Einzelfall im Detail abgeklärt werden.

VORGEHEN. Bei einem generellen Verbot kannst du als erstes prüfen, ob es in einem offiziellen Schulreglement steht. Wenn die Regel nur mündlich kommuniziert wurde, fordere, dass sie schriftlich festgehalten werde, und sprich mit der Schulleitung darüber.

Wenn sich nichts ändert, wende dich an das kantonale Berufsbildungsamt oder an eine andere Beratungsstelle für Lernende. Diese Stellen unterstützen dich auch bei der Frage, ob es sinnvoll sei, eine Beschwerde einzureichen.

In jedem Fall solltest du mit klaren Argumenten erklären, warum eine solche Regel problematisch ist. Und zögere nicht, deine Gewerkschaft um Unterstützung zu bitten: Viele Gewerkschaften bieten eine kostenlose Rechtsberatung für Lernende an.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an jugend@unia.ch.



Félicia Fasel, Jugendsekretärin.

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp. Wir testen für Sie. Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 3
Das Lösungswort lautete: ARBEITERSCHAFT



DEN PREIS, 200 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Marlies Windler, Schaffhausen
Herzlichen Glückwunsch!

Wasser- vogel			Azoren- insel	angel- sächs. Längen- mass	Ort mit Flug- platz im Kt. GR			nord- german. Götter	Winter- sportort in Co- lorado	Abk.: Tisch- tennis	Hinter- lassen- schaft		Zah- lungs- art		Tier- kreis- zeichen	schweiz. Filmre- gisseurin (Bettina)	german. Mitt- winter- fest	sächl. Fürwort
125 Jahre ... (Hilfs- werk)								Balken- träger (Figur)					4		Seufzer			
kurzer engl. Gruss			Pfad- finder (engl.)		Hand- werker- titel		2						Muschel- produkt		...streik in Winter- thur			
Süssig- keiten essen								seltenes einheim. Nagetier		sehr schnell			Wasser- stands- messer				12	Gefäss- stütze
				7	gesetz- lich erlaubt			fach- männ. Helfer					11		... Gewinne bei Coop		lästige Ange- wohn- heiten	
Teil der Blüte		ehem.CH TV-Mo- deratorin		Schicht- press- stoff								Erweite- rung e. Hauses		eine der Gezeiten		6		
unter Wasser setzen					voll- bracht, fertig			dt. Lieder- macher (Hannes)			einzel- n, für sich							
		8		Partei vor Gericht		Profite						9		Die Hoff- nung ... zuletzt.		einge- schaltet		
Eisen- bahn- alpen- transit	Holz- zaun		Freund, Gefährte							10	nord- amerik. Hirsch- art		Renn- beginn					
Brat- rost					Meeres- bewe- gung			Begriff aus der Hunde- haltung		weiches Baum- woll- material				3		Wasser- einla- gerung		Teil d. Bett- zeugs
			ital.: Sonne		Art der Kohle- win- nung							eh. russ. Nach- rich- tenbüro		wüst, leer				1
Meeres- raub- fisch		Bil- dungs- veran- staltung				5				Pferde- zuruf: Los!		Augen- flüssig- keit (Ez.)						
Futter- gefäss					Initialen e. frz. Filmdols der 60er ↑		Augen- blick, im ...		nach unten						ital. Tonbez. für das D		kurz für: in dem	
Anschaf- fung, Kauf		Zu- versicht										Letztes Mittel der Pfle- genden						
					Ausruf				Zahl- wort					Fluss bei Burgdorf				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 2.April 2026

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das vergangene Jahr von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

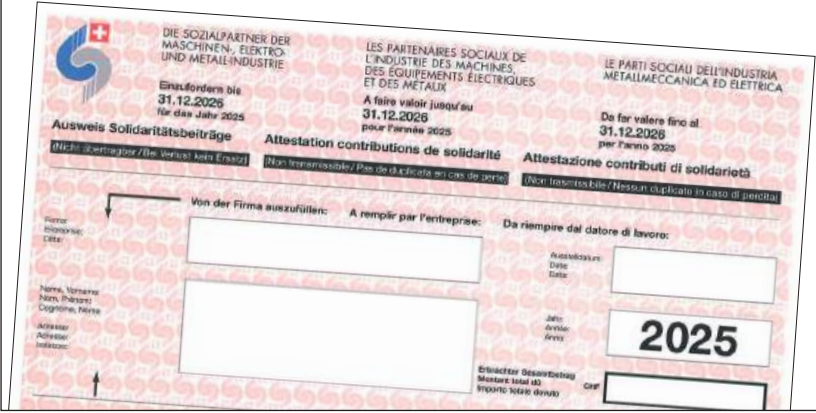
Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» welches bestätigt, dass für das vergangene Jahr der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten je nach Höhe ihres Unia-Mitgliederbeitrags eine Rückerstattung

zwischen 200 und 320 Franken
(Wenn die Mitgliederbeiträge höher als 370 Franken sind.)

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2026 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.





WORKLESERINNENFOTO

Ich wollt, ich wär ein Koalabär

WANN 22. Februar 2026
WO Zoo Zürich
WAS Ein Koala am Schlafen
Eingesandt von Virginia Leutwyler, Steinhausen ZG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Historischer Busstreik in Winterthur

«Wenn es keine Lösung gibt, streiken wir wieder!»

WORK 3 / 5.3.2026: HISTORISCHER BUSSTREIK IN WINTERTHUR
Verständlich!

Es ist einfach tragisch, was da bei einem städtischen Betrieb abgeht: – 12 Tage am Stück arbeiten und dann geplant in Minusstunden rutschen.
– Nur ein gesichertes Wochenende für Familie und Freunde.
– Freie Tage als Pikettage planen, ohne Vergütung.
Dass in diesem Betrieb der Unmut wächst, ist verständlich. Ich hoffe auf schnelle und gegenseitig faire Lösungen.

MARIO RIANDA, VIA FACEBOOK

Der Falsche

Wenn der Zuständige in der Stadtregierung (FDP-Stadtrat Stefan Fritschi, Anm. d. Red.) zuerst die Betroffenen fragen muss, wo die Missstände sind – obwohl eine entsprechende Petition seit 2024 hängig ist –, dann ist er unfähig und hat seinen Posten umgehend zu räumen!

RENÉ HENGARTNER, VIA FACEBOOK

So lautet der Vorwurf:

Probleme müssen ausdiskutiert und gelöst werden. Aber diese Aktion war eine geplante und gesteuerte linke Wahlkampfaktion, die erwartet werden konnte. Das ist eine üble Aktion, für die auch noch die Busfahrer missbraucht wurden.

MARKUS WENGER, VIA FACEBOOK

Und das sind die Antworten:

Falsch! Es wurde zuerst verhandelt, und man kam damit zu keinem Ergebnis. Deswegen kam es zum Streik, was auch richtig ist. Wenn Reden nichts bringt, muss man anders für seine Rechte kämpfen.

BAL GE, VIA FACEBOOK

Wenn die Bürgerlichen nicht für die Arbeitnehmer eintreten, dann müssen halt die Linken etwas tun. Ganz einfach.

SUSANNE BONOMELLI, VIA FACEBOOK

WORK 2 / 12.2.2026: VON GLEICHSTELLUNG KEINE SPUR

Verantwortung

Männer müssen bereits als Kinder lernen, im Haushalt Verantwortung zu übernehmen. Nicht erst während der Elternzeit. Zudem müssen sie das Recht auf Teilzeitarbeit erhalten. Ich kenne zu viele Papas, denen das vom Arbeitgeber untersagt wurde. Es sind kleine Dinge, wie dass sie Teamgeschenke organisieren sollen, weil sie das auch lehrt, Verantwortung zu übernehmen. Das ist meiner Erfahrung und Meinung nach die grösste Stellschraube für Erleichterung im Familienalltag. Aber wenn die Kita günstiger wird, ist das auch nice.

OTTOKAR TOFFEL, VIA INSTAGRAM

Stoppt die SVP

Der wichtigste Punkt: Wir müssen aufhören, die SVP und ihre familienfeindliche Politik zu wählen. Verbessern sich die Zustände nicht, werden wir in 20 bis 30 Jahren keine AHV mehr finanzieren können. Die Folgen werden Altersarmut und eine hohe soziale Belastung sein, was die wirtschaftliche Entwicklung belastet und das Land in eine Krise bringt. Die Schweiz muss endlich langfristige Politik machen und nicht kurzfristige, die nur wenigen etwas bringt.

SWISSRUGGED BRO, VIA INSTAGRAM

Dorn im Auge

Die 42-Stunden-Woche ist mir ein Dorn im Auge. Die Produktivität nimmt zu, aber an der Arbeitszeit wird nicht gerüttelt.

STUTZ MIT DELIA, VIA INSTAGRAM

WORK SOCIAL MEDIA: DAS SAGEN BAUARBEITER ZUM NEUEN LMV

Die Löhne müssen rauf

Es werden immer mehr Wohnungen gebaut, obwohl es in der Schweiz nie so viele leere Wohnungen gab wie aktuell. Das Problem: Die Wohnungen sind für die Menschen, die sie bauen, nicht bezahlbar. Die Löhne müssen steigen, und die Mieten müssen runter.

DNB, VIA INSTAGRAM

Weiterkämpfen

Wir müssen für noch bessere Gesamtarbeitsverträge für die restlichen Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter kämpfen. Spricht mit euren Mitarbeitenden über die Gewerkschaften!

DE_SANITAER161, VIA INSTAGRAM

Wir hätten mehr verdient

Ich arbeite im Strassenbau. Alles wird teurer, aber unser Lohn bleibt gleich. Der Teuerungsausgleich ist einfach zu tief. Ich weiss, man sollte schätzen, was man hat: Aber für das, was der Körper und der Kopf leisten müssen, bekommen wir nicht viel.

UPTEMPO, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.ch Redaktions Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Mike Campagnari (37) geht mit Zylinder zur Kundschaft

«Die Arbeit wird uns nicht ausgehen»

Kaminfeger sind als Glücksbringer bekannt. Als Präsident des Gesellenverbands ist Mike Campagnari aber keine Phantasiefigur.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS RAJA LÄUBLI

Mike Campagnari ist als «Chämifäger» oft in der Altstadt von Bülach ZH unterwegs. Dort gibt es noch viele alte Häuser mit Holzheizungen. Wenn Campagnari durch die Strassen geht, fällt er auf. Er ist bei der Arbeit nicht nur schwarz gekleidet, er trägt auch immer einen schwarzen Zylinder. Campagnari sagt mit verschmitzter Miene: «Das macht einen Unterschied bei der Kundschaft, und auch die Leute auf der Strasse reagieren anders: Ich werde angesprochen, und die Italiener rufen mir hinterher: Spazzacamino!» Auch für die Trinkgelder sei der Hut noch gut.

HANDWERK IM WANDEL. Manchmal wird Campagnari auch zu einer Hochzeit oder an eine Gewerbesmesse eingeladen. Er sagt: «Die Leute kennen mich als Glücksbringer, vor allem die ältere Generation.» Der traditionelle Handwerksberuf ist aber auch im Wandel. Es gibt immer weniger Kachelöfen und Öl- oder Gasheizungen. Aber Holzheizungen mit Pellets und Schnitzeln oder auch Abgasanlagen von Fernwärmesystemen geben weiterhin genügend Arbeit. Bei solchen Grossanlagen arbeitet Campagnari meist nicht alleine, sondern mit seinen Kollegen der Oesch und Weber AG, eines kleinen Kaminfeger- und Dachdeckerunternehmens, das bereits seit 1921 im Geschäft ist.

WENIGER DRECKIG. Auch wenn die Kaminfeger bei der Arbeit meistens nicht mehr schwarz im Gesicht werden, garantiert der GAV jeden Tag eine halbe Stunde zum Duschen als Teil der Arbeitszeit. Die Firma stelle ihnen auch die besten Werkzeuge zur Verfügung, sagt Campagnari. Das mache die Arbeit nicht nur einfacher, sondern auch weniger dreckig. Campagnari arbeitet mit Spezialwerkzeugen je nach Heizungstyp oder auch mit einem «Snaplock», einer Bürste an einer langen Stange, die mit der Bohrmaschine gedreht wird und so die Seitenwände des Kamins putzt. Früher reinigte man noch mit dem Luftzug, heute macht das der Staubsauger. Doch auch traditionelle Werkzeuge sind bei Campagnari weiterhin im Einsatz. So zum Beispiel eine 20 Meter lange Rute mit einem Metallbesen oder auch «die Kugel», die im Kamin vom Dach her zum Einsatz kommt. Ein sehr altes Werkzeug ist auch die Stahlrute, die bei Kaminbränden eingesetzt wird. Bei einem Brand im Kamin wird der Russ aufgebläht, was zu einem gefährlichen Hitzestau führen kann. Campagnari sagt: «Dann muss ich das Pech mit der Stahlrute abschlagen und schauen, dass das Kamin möglichst rasch wieder frei wird.»

Normalerweise dauert Campagnaris Arbeitstag von 7 Uhr bis 17 Uhr. Am Freitag hat er jede zweite Woche frei. Ganz selten gibt es auch einen Pikettendienstesatz am Abend oder am Wochenende wegen eines Kaminbrandes. In solchen Fällen hilft Campagnari der Feuerwehr.

NUR NOCH TIEFGARAGE. Campagnari mag es, dass er in seinem Beruf in persönlichem Kontakt mit den Kundinnen und Kunden ist. Er sagt: «Einige der Haushalte, die ich besuche, sehe ich über viele Jahre: Ich sehe, wie sich die Familien entwickeln und wie die Kinder grösser werden.» Doch in den neueren Wohnblocks kommt er nicht mehr in die Wohnung, nur noch in die Tiefgarage. Manchmal gebe es auch unfreundliche Kunden. Und auch die körperliche Belastung durch die Arbeit beginnt der 37jährige zu spüren. Auch wenn er eine Schutzmaske trage, blieben Feinstaub oder auch Asbest ein Risiko. Er kenne einige ältere Kaminfeger, die an Krebs erkrankt sind.

PRÄSIDENT DER GESELLEN. Über seinen Lohn will Campagnari nicht klagen: Mit seinem 100-Prozent-Pensum verdient er monatlich 7797 Franken brutto. Das war nicht immer so. Nach seiner Lehre zum Kaminfeger verdiente Mike Campagnari jahrelang weniger als den im kantonalen GAV garantierten Mindestlohn. Erst als er den Arbeitgeber wechselte, realisierte er, dass er zu wenig Lohn erhalten hatte. Damit es seinen jüngeren Berufskollegen nicht gleich ergeht, will Campagnari mit dem Gesellenverband des Kantons Zürich



und der Unia dafür sorgen, dass alle Kaminfeger ihre Rechte kennen. Seit kurzem ist Campagnari deshalb auch Verbandspräsident der Gesellen, so heissen bei den Kaminfefern die Angestellten. Er sagt: «Mein Ziel ist es, dass wir etwa zehn aktive Gesellen im Verband haben, die sich regelmässig treffen und auch eine gemeinsame Haltung für die Lohn- und GAV-Verhandlungen entwickeln.» Auch für den Weiterbildungstag der Zürcher Kaminfeger, der einmal pro Jahr stattfindet, will er mit seinen Berufskolleginnen

und -kollegen Vorschläge machen. Bei den neueren Heizsystemen mit Wärmepumpen gibt es keine Verbrennung mehr. Campagnari sagt: «Wir hatten auch eine Weiterbildung, bei der wir eine mögliche Umorientierung und die Jobs in diesem Bereich angeschaut haben.» Aber solche Wartungsarbeiten an neueren Heizsystemen interessieren Campagnari nicht besonders: zu wenig Handwerk. Als Kaminfeger werde ihm die Arbeit in den nächsten Jahren auch nicht ausgehen, ist Campagnari überzeugt.

MIKE CAMPAGNARI

VOM CLOWN ZUM «CHÄMI-FÄGER»

Als Jugendlicher wollte Mike Campagnari Clown werden. Doch die Eltern fanden das keine gute Idee. Die Mutter wünschte sich, dass er eine Coiffeurlehre mache. Der Vater sah in ihm den Handwerker. Campagnari arbeitete schon während der Schule in einem Ferienjob bei einem Bäcker. Auch Metzger und Zimmermann hat sich Campagnari genauer angeschaut. Dann kam er auf die Idee des Kaminfegers, fand nach dem Schnuppern aber keine Lehrstelle. Deshalb machte er zuerst ein Praktikum als Kleinkindererzieher, bis es mit der Lehre als Kaminfeger doch noch klappte.

FAMILIE. Heute lebt Campagnari mit seiner Frau und drei Kindern im Primarschulalter in einem 200jährigen Haus im Zürcher Tösstal. In der Mitte ihres Wohnzimmers steht ein grüner Kachelofen, der im Winter jeden Tag eingefeuert wird. Wenn die Kinder im Bett sind, spielt Campagnari gerne Arccraiders, ein Onlinegame, bei dem die Welt von feindlichen Robotern erobert wurde und die Menschheit aus dem Untergrund Widerstand leisten muss. Campagnari sammelt auch Action-Figuren und liest gerne Comics und die Bibel.



ZYLINDER AB, MASKE AUF: In Vollmontur macht sich Kaminfeger Campagnari an die Reinigung des Ofens einer Fernwärmanlage.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahmi, David Gallusser, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Ralf Streck, Clemens Studer, Rocco Zacheo Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jäily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jäily, Telefon 031.350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia